Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werkthätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 9266] Mit der illustrirten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“. [Telephon Nr. 9266

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich Mk. 1.60. Monatlich 55 Pfg. — Postzeitungsliste Nr. 4069a, sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags, größere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 97. Dienstag den 26. April 1904 11. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Rußland und Japan.

Nach russischen amtlichen Mitteilungen vom Kriegsschauplatze finden am Jalu beständig Scharmützel statt, doch lassen sich die Orte, wo Zusammenstöße vorgekommen sind, nicht genau feststellen, da die russischen Berichte unklar sind und die Japaner sich vollständig ausschweigen. Nach einer Meldung der „Times“ aus Niutschwang befinden sich die japanischen Vorposten in der Nähe der russischen Befestigungen, während große Truppenmassen 8 Kilometer weiter entfernt stehen. Die Russen sollen in dem Gebiete westlich vom Jalu alles Vieh die Bevölkerung wegnehmen. Im letzten Monat sollen Tausende von Stücken Vieh nach Mukden getrieben worden sein, ohne daß für dieselben Quittungen oder bares Geld gegeben worden sei. Von anderer Seite wird berichtet, daß die Koreaner gegen die Japaner sehr erbittert seien, weil sie von diesen ausgeplündert würden. Es wird wohl auf beiden Seiten in gleicher Weise gesündigt. Die Nachrichten über das Auftauchen von Kosaken im östlichen Korea werden in Japan immer noch mit Gleichmut aufgenommen. Bisher sollen diese Kosaken nichts weiter erreicht haben, als daß sie in Songtsching die japanischen Häuser zerstörten, Requisitionen ausführten und dann auf Puktschun weiter vorstiegen. Dort sind sie nach einem Telegramm des „Daily Telegraph“ aus Schanghai tatsächlich eingetroffen, doch zogen sie sich vor einer wahrscheinlich aus Gensan anrückenden stärkeren japanischen Truppenabteilung zurück. Man glaube zwar im japanischen Hauptquartiere, meint der Korrespondent des genannten Blattes, daß es der Zweck dieser im Osten Koreas auftretenden russischen Truppen sei, die japanische rechte Flanke zu bedrohen, halte die Russen aber nicht für stark genug, und scheine es auch nicht für nötig zu erachten, festzustellen, ob hinter den Kosaken stärkere russische Abteilungen stehen. Fünf japanische Divisionen, zusammen rund 100 000 Mann, sollen bis jetzt in Korea gelandet sein. Hiervon befinden sich 80 000 Mann im Nordwesten, 20 000 Mann im Nordosten der Halbinsel. Gegenwärtig sind in den südlichen Hafenplätzen Japans 76 Transportschiffe versammelt, die 60 000 Mann an Bord haben, welche angeblich bestimmt sind, auf der mandschurischen Halbinsel Liau-tung gelandet zu werden, um Port Arthur zu belagern. Die Mobilisierung von weiteren 120 000 Mann ist angeordnet, die aber erst im Monat Juni ins Feld rücken können; binnen sechs Wochen wird nach dieser Meldung Japan 280000 Mann auf dem Kriegsschauplatze haben. Wie der Schanghaier Berichterstatter der Londoner „Morning-Post“ noch zu melden weiß, soll die erste japanische Armee den Jalufluß bereits überschritten haben, ohne nennenswerten Widerstand gefunden zu haben.

Nach einer Petersburger Laffan-Meldung ersuchte das russische Marineministerium auf Veranlassung des Admirals Skrydlow um Angebote für sofortige große Maschinenlieferungen nach Wladiwostok. Admiral Skrydlow wird sich, wie verlautet, willig dem General Kuropatkin unterordnen und mit dem Eisenbahnminister Fürsten Cyilkow daran arbeiten, Wladiwostok in ein Hauptquartier zu verwandeln. Die leitenden Persönlichkeiten haben Besprechungen mit Skrydlow, der sich bereits zur Abreise anschickt. Der Statthalter Alexejew ist völlig ausgeschaltet. Zur Erschütterung der Stellung Alexejews wird von anderer Seite noch mitgeteilt, daß Skrydlow den Zaren habe verstehen lassen, er sei nicht gewillt, mit Alexejew zusammenzuarbeiten.

In Port Arthur sind jetzt nur noch folgende russische Schiffe kriegstüchtig: „Pereswjet“ (12 674 tons); „Sewastopol“ (11 842 t); „Poltawa“ (10 960 t); „Bayan“ (7 726 t); „Askold“ (5905 t); „Diana“ (6731 t); „Rewik“ (3080 t); zwei Torpedoboot-Zerstörer und ein Dutzend Torpedoboote. „Retwisan“, „Zäsarewitsch“, „Pobjeda“ und „Pallada“ sind ganz unfähig zu irgend einer Aktion.

Die Haltung Chinas gibt in diplomatischen Kreisen immer mehr zu Besorgnissen Anlaß. Laut der „Köln. Ztg.“ kommen aus China fortgesetzt beunruhigende Meldungen. Der sehr scharf beobachtende Dr. Korsakow in Peking habe wiederholt bestätigt, daß die dortige Regierung mit Japan sympathisiere; dabei seien die Japaner mit allen möglichen Mitteln bemüht, die chinesische Bevölkerung für sich zu gewinnen. In Nordchina nehme die Gärung großen Umfang an. Das „Echo de Paris“ signalisiert sogar bereits einen Bruch zwischen Rußland und China. Es läßt sich aus Petersburg drahten: „In der hiesigen chinesischen Gesandtschaft ist man auf einen sofortigen Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Rußland gefaßt. Der chinesische Gesandte soll bereits alle Vorbereitungen zu seiner Abreise getroffen haben.“ Man muß abwarten, inwieweit diese „Beobachtungen“ einen realen Hintergrund haben.

Petersburger private Meldungen wußten dieser Tage von einem deutschen Neutralitätsbruch zu berichten. Deutschland sollte acht Torpedoboote, welche auf der Schichauwerft erbaut werden und kurz vor dem Stapellauf stehen, an Rußland abgetreten haben. Dem „Reichsboten“ wurde jedoch diese Meldung vom Reichsmarineamt als falsch bezeichnet. Dagegen verlautet mit immer größerer Bestimmtheit, daß die Hamburg-Amerika-Linie abermals zwei ihrer großen Dampfer, die als Hilfskreuzer zu gebrauchen sind, durch dritte Hand an Rußland verkauft habe. Ein Dementi ist bisher noch nicht erfolgt.

Ueber eine Beschädigung der Mandschureibahn wird aus Petersburg gedrahtet: „Chunchusen und verkleidete Japaner haben oberhalb von Mukden die Eisenbahn auf 20 Meter zerstört, kurz bevor ein Zug die Station verlassen wollte. Der Maschinist des Zuges bemerkte rechtzeitig das Fehlen der Schienen und brachte den Zug zum Stehen.“

Deutscher Reichstag.

(Originalbericht des „Lübecker Volksbote.“)

Berlin, den 23. April 1904.

Der Reichstag erledigte am Sonnabend zunächst die noch ausstehenden Etats unserer Kolonien. Selbst Kiautschou ging still vorüber. Nur bei Samoa setzte eine Debatte ein. Ein freisinniger Redner, Herr Eickhoff, machte sich zum Anwalt verstärkter Kulieinfuhr und griff den Gouverneur Solf an, der nur bei den Eingeborenen persona gratissima sei, nicht aber bei den Ansiedlern. Wenn Herr Solf die Kulieinfuhr nicht begünstigt, so verdient er dafür besonderes Lob. Unser Fraktionsredner Stadthagen hatte in dieser Beziehung nichts an seiner Gouvernementsführung auszusetzen. Aber sonst scheint in Samoa vieles im Argen zu liegen. Das Steuersystem begünstigt die großen Plantagen-Gesellschaften und schädigt die kleinen Kolonisten. Die farbigen Polizisten erlauben sich schwere Mißhandlungen gegen die Weißen. Stadthagen konnte die Photographie eines der Gemißhandelten auf den Tisch des Hauses niederlegen. Herr Dr. Arendt von der Reichspartei war sehr empört darüber, daß die geschädigten Kolonisten Samoas die Vertretung ihrer Klagen vertrauensvoll in die Hände unserer Partei gelegt haben und suchte sich an Stadthagen zu reiben, der ihn aber gebührend abfertigte. Nachdem der Kolonialdirektor Herrn Solf verteidigt und die Bestrafung derjenigen farbigen Polizisten, die sich Uebergriffe haben zu Schulden kommen lassen, zugesagt hatte, erhielt er auch diesen Etat bewilligt.

Dann kamen kleinere Vorlagen an die Reihe. Ein neues Gesetz zur schärferen Bekämpfung der Reblaus wurde an eine Kommission gewiesen und das internationale Abkommen über das Privatrecht, das Deutschland mit allen Kulturstaaten — nur Amerika, England, Dänemark und Rußland haben sich ausgeschlossen — abgeschlossen hat und das die Eheschließung, Ehescheidung und Vormundschaft der Fremden regelt, nach kurzer Debatte angenommen.

Länger hielt der letzte Gegenstand der Tagesordnung, der noch erledigt wurde, auf. Es war die Novelle zur Krankenfürsorge für die Seeleute. Unsre Seeleute unterstehen nicht der Krankenversicherung, und die Verpflichtung der Reeder für sie in Krankheitsfällen zu sorgen, soll auf 26 Wochen, statt wie bisher 13 Wochen, ausgedehnt werden. Unsere Fraktion hatte einige Abänderungsanträge zu stellen, die von den Genossen Schmalfeldt und Molkenbuhr energisch verfochten wurden. Wir wollen den Reedern die Verpflichtung auferlegen, noch bis zu drei Wochen nach der Abmusterung für den in ihrem Dienst erkrankten Seemann zu sorgen, wir wollen auch die Frauen der Stewards im Falle der Erkrankung ihres Mannes in den Genuß der halben Heuer eines Seemanns setzen, wovon sie bisher ausgeschlossen sind. Wir wollen schließlich prinzipiell, daß auch die Seeleute der Krankenversicherung unterstellt werden, da eine Erhöhung der Fürsorgelasten für den Reeder für diesen einen Anreiz mehr bildet, den erkrankten Seemann so rasch als möglich abzuschieben. Alle diese berechtigten Wünsche fanden taube Ohren bei den bürgerlichen Parteien, soweit diese zur Novelle Stellung nahmen. Man hatte es sehr eilig mit dem Gesetz, obwohl man schon 1902 durch Annahme unsrer Anträge die Lücke in der Versicherungsgesetzgebung hätte schließen können. Die zweite Lesung der Novelle wird im Plenum stattfinden.

Am Montag steht außer Etatsresten die erste Lesung der Novelle zum Börsengesetz auf der Tagesordnung.

74. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: von Einem, von Tirpitz, Dr. Stübel.

Vor Eintritt in die Tagesordnung kommt Kriegsminister von Einem auf die Pferdeankäufe in Ostpreußen zurück und erklärt, die Händler hätten in der Tat wochenlang auf Spekulation dort Pferde aufgekauft, sie seien aber in keiner Weise von der Militärverwaltung begünstigt worden, doch erklärten die Vorsitzenden der Remontekommissionen, daß sie ohne die Händler nicht auskamen, weil auf die Märkte nur minderwertige Pferde angetrieben würden.

Hierauf tritt das Haus in die Tagesordnung ein. Die Etats für Neuguinea, die Karolinen, Palau und Mariannen werden debattelos bewilligt.

Beim Etat für Samoa hebt

Dr. Eickhoff (FVp.) hervor, daß in weiten Kreisen der deutschen Ansiedler in Samoa eine gewisse Unzufriedenheit mit dem Gouverneur Solf herrsche. Dieser soll bei den Eingeborenen, nicht aber bei den Ansiedlern beliebt sein. Jedenfalls müsse die Regierung die ihr zugegangenen Beschwerden gründlich prüfen. Die Herabsetzung des Einfuhrzolls und die Beschaffung billiger und tüchtiger chinesischer Arbeiter seien Lebensfragen für die weitere Entwickelung der Kolonie. In dem Gouvernement-Beirat seien die selbständigen Farmer garnicht berücksichtigt. In ganz Samoa sei nur ein Arzt. Das seien Zustände, die umsomehr geändert werden müßten, weil Samoa eine aufsteigende Pflanzerkolonie sei.

Kolonialdirektor Dr. Stübel: Nur ein kleiner Teil der Ansiedler ist mit dem Gouverneur unzufrieden. Dieser hat daran keine Schuld, er hat ein offenes Auge für die wirtschaftlichen Vorteile der Inseln. Er tritt allen Versuchen, das gute Einvernehmen mit den Eingeborenen zu stören, entgegen und läßt nicht zu, daß die Farmer durch den Gebrauch der Waffen oder durch irgend welche Ungerechtigkeit die Eingeborenen zum Aufstand treiben. Mit den Einfuhrzöllen findet sich der Handel ab; sie werden schließlich von den Konsumenten, den Eingeborenen, getragen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten). Daß ein Aerztemangel besteht, gebe ich zu, aber die übrigen Beschwerden sind unbegründet.

Stadthagen (SD.) teilt mit, daß ihm Beschwerden von nicht sozialdemokratischen Pflanzern aus Samoa zugegangen sind. Ihre Beschwerden gegen den Gouverneur Solf scheinen begründet zu sein. Die Einfuhr von Kulis und Schwarzen liegt durchaus nicht im Interesse der Pflanzer, sondern nur im Interesse der großen Plantagengesellschaften. In Samoa sind unter 113 Deutschen 39 Pflanzer. Obwohl sie sich in einen Bund zusammengeschlossen haben, sind sie rechtloser als die Samoaner, die Selbstverwaltung haben. Die Eingeborenen von Samoa mußten im vorigen Jahre streiken, um eine Erhöhung des Lohnes, der 24 Mark monatlich betrug, durchzusetzen. Die Einfuhr von 500 Negern und 300 Kulis mußte zu einem Druck auf die Arbeiterlöhne führen. Der Import dieser Fremden verdient keine Förderung. Soweit der Gouverneur ihm entgegengetreten ist, verdient er Anerkennung. Die Beseitigung der Kopfsteuer auf importierte Arbeiter ist nichts anderes als ein Geschenk an die großen Plantagengesellschaften. Die eine hat einen Nutzen von 600, die andere von 1000 Dollars. Dagegen trifft die Erhöhung der Einfuhrzölle gerade die Pflanzer und Arbeiter. Die deutschen Pflanzer sind gegenüber den als Polizisten angestellten eingeborenen Samoanern ganz machtlos. Redner bringt verschiedene Fälle vor, in denen deutsche Bauern durch samoanische Polizisten ohne Grund schwer mißhandelt sind. Die Photographie eines der Mißhandelten legt er auf den Tisch des Hauses nieder. Der Mann sieht aus, als ob er von Kannibalen gemißhandelt ist und nicht von Polizeibeamten, die bezahlt sind von dem Gelde deutscher Steuerzahler zum Schutze deutscher Steuerzahler. Gewiß soll man die Eingeborenen nicht provozieren. Aber Streitigkeiten kommen nur mit eingeborenen Polizisten vor. Genau wie bei uns würde ein Schutzverein gegen Schutzleute angebracht sein. (Heiterkeit b. d. Soz.) Das ist ja die Ursache der Aufstände, daß man die Menschen in den Kolonien schlimmer behandelt, wie das Vieh. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Interessant ist es, daß 39 nichtsozialdemokratische Pflanzer mir geschrieben haben, die Sozialdemokratie sei die einzige Partei, die den Bauern im Auslande hilft. (Bravo! b. d. Soz.)

Dr. Arendt (RP.): Die Rede des Vorredners war ja sehr kolonial- und bauernfreundlich. (Heiterkeit.) Vielleicht interessiert er sich auf diesem Umwege auch für die Bauern in Deutschland. (Heiterkeit.) Auch ich halte die eingeborene Polizei für verfehlt. Aber daß die Beschwerden Herrn Stadthagen zugegangen sind, spricht nicht für ihre Glaubwürdigkeit. (Oho! b. d. Soz.; Beifall rechts.) Jedenfalls sollten die Kolonialverhältnisse in Samoa rechtzeitig klargestellt werden, damit wir nicht unangenehme Ueberraschungen erleben.

Kolonialdirektor Dr. Stübel: Mit Rücksicht auf den Verkehr mit den Eingeborenen können wir auf die farbigen Polizisten nicht verzichten. Gewiß sind Uebergriffe vorgekommen, aber dann sind die Beamten bestraft und entlassen worden.

Stadthagen (SD.): Ein einfacher Pflanzer hat mir geschrieben, daß ohne den Reichstag jährlich Millionen umsonst hinausgeworfen würden, und daß wir Sozialdemokraten sicherlich nicht die schlechtesten Patrioten sind. (Hört! Hört! b. d. Soz.) Dieser Brief des einfachen Bauern (Lachen rechts) überhebt mich der Notwendigkeit, gegen Herrn Dr. Arendt zu polemisieren. Wir treten ohne Rücksicht der Person überall für Gerechtigkeit ein. Sie (nach rechts) verwechseln die Interessen der kapitalistischen Großgrundbesitzer mit denen der wirklich Arbeitenden, der Bauern. Kolonialfreundlich war meine Rede nur insofern, als ich nachwies, daß Ihre Kolonialpolitik nur dem Kapitalismus dient. Wir Sozialdemokraten wollen in Deutschland kolonisieren. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Dr. Arendt (Rpt.): Meine Ausstellungen bezogen

sich nur darauf, daß sich die Beschwerdeführer an eine kolonialfeindliche Partei gewandt haben. (Lebh. Bravo! rechts.)

Damit schließt die Diskussion.

Der Etat für Kiautschou wird debattelos bewilligt.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfs betreffend die Bekämpfung der Reblaus.

Blankenhorn (NL.) stimmt dem Gesetzentwurf zu und beantragt zur Prüfung der Detailfragen die Einsetzung einer Kommission von 21 Mitgliedern.

Rettich (K.) erkennt die Notwendigkeit scharfer Maßnahmen an und ist mit der Kommissionsberatung einverstanden.

Sartorius (FVp.): Der Verlust von 11 Milliarden, den Frankreich in den letzen Jahren durch die Reblaus erlitten hat, ist Grund genug für uns, vorsichtig zu sein. In den §§ 2 und 13 sollten die Ausdrücke „dürfen" und „können" durch „müssen" und „sollen" ersetzt würden. Es ist bedenklich, daß die Ausnahmen vom Gesetz allein durch den Bundesrat bestimmt werden sollen. Redner schließt sich alsdann dem Antrag auf Kommissionsberatung an.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Nur eine verhältnismäßig kleine Fläche ist dem Weinbau gewidmet. Immerhin ist angesichts der Verheerungen, die die Phylloxera angerichtet hat, die Frage der Ausrottung von ungeheurer Wichtigkeit. Dringend bitte ich davon Abstand nehmen zu wollen, das „können" in „sollen" zu verwandeln, da die Verhältnisse in den einzelnen Gegenden außerordentlich verschieden liegen. Namentlich längs der deutsch-französischen Grenze, wo die Weinreben unterirdisch wie ein Spinnnetz verbunden sein müssen, ist das Ausrottungsverfahren nicht durchführbar. Ich kann nur darum bitten, das Gesetz so schnell wie möglich zu verabschieden. (Bravo!)

Geheimrat Halley wendet sich gegen die Ausführungen des Abg. Blankenhorn.

Gröber (Z.) betont, daß bei Kulturverboten, die den Wert der betreffenden Grundstücke erheblich vermindern, den Eigentümern billige Entschädigungen gewährt werden müssen.

Der Gesetzentwurf wird hierauf einer Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen.

Es folgt die erste und zweite Lesung des Abkommens über das internationale Privatrecht, durch das Eheschließung, Ehescheidung und Vormundschaft geregelt werden.

Die Abgg. Dove (FVg.), Lucas (RL.), und von Dirksen (AP.) erklären sich unter dem Ausdruck des Bedauerns, daß nicht auch England, Amerika und Dänemark sich angeschlossen haben, mit der Vorlage einverstanden, die alsdann in erster und zweiter Lesung angenommen wird.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfs betr. die Krankenfürsorge für Seeleute, die auf 26 Wochen ausgedehnt wird.

Schmalfeldt (SD.) befürwortet die von der sozialdemokratischen Fraktion eingebrachten Abänderungsanträge, da die Gesellschaften die Seeleute oft abmustern, um sich der Krankenfürsorge zu entledigen. So müssen wir die Bestimmung schaffen, daß für die Seeleute noch bis drei Wochen nach der Abmusterung gesorgt wird. Ferner hat man bei der Seemannsordnung das Küchenpersonal und die Stewarts besonders schlecht behandelt. Die Stewarts müssen heute 16—18 Stunden täglich arbeiten. Wir beantragen, daß den Familien erkrankter Stewarts der Betrag einer Heuer ausgezahlt wird. Wir beantragen ferner . . . . .

Präsident Graf Ballestrem macht darauf aufmerksam, daß Anträge nicht in zweiter Lesung gestellt werden.

Schmalfeldt (fortfahrend): Wir wünschen ferner eine ausreichende Krankenversicherung für Seeleute. Die Reeder wälzen die Lasten, über die sie so klagen, einfach ab. Die Krankenfürsorge hat ungeheuerliche Zustände zur Folge. Redner erzählt unter lebhaftem Hört! Hört! der Sozialdemokraten den Fall eines geisteskranken alten Steuermannes, der in einem überseeischen Hafen einfach abgemustert wurde. Solche Fälle zeigen, wie notwendig die Einführung der Krankenversicherung ist. (Bravo! bei den Soz.)

Rettich (K.) bittet, die Beratung der Vorlage möglichst zu fördern.

Patzig (NL.): Als im vorigen Jahre der Staatssekretär eine baldige Regelung der Materie in Aussicht stellte, wurde das von sozialdemokratischer Seite als Vertröstung auf den St. Nimmerleinstag bezeichnet. Wenn wir nun dafür sorgen, daß das Gesetz am 1. Mai in Kraft treten wird, dann wird diesmal der 1. Mai der Nimmerleinstag für die Sozialdemokratie werden. (Lachen b. d. Soz.)

Erzberger (Z.) schließt sich dem Wunsche auf schnelle Verabschiedung der Vorlage an.

Molkenbuhr (SD.): Häufig genug werden die Seeleute abgemustert, indem man ihnen Faulheit usw. vorwirft, bis sie in die Abmusterung willigen und so ihres Anspruches verlustig gehen. Als Zweck der Vorlage wird angegeben, daß die seemännischen Arbeiter mit den übrigen Krankenversicherten möglichst gleichgestellt werden sollen. Nun steht es aber so, daß auch nach Annahme dieser Vorlage die Seeleute die Rechte noch nicht wiedererlangt haben werden, die sie nach dem alten Handelsgesetzbuch von 1881 hatten. (Hört, hört! bei den Soz.) Auf den ersten Augenblick mag es ja scheinen, daß die Reeder schwerer belastet sind, als die festländischen Unternehmer. Eine besondere Lücke in der Seemannsordnung besteht in der Familienfürsorge. Man sollte den Frauen und Kindern erkrankter Seeleute unter allen Umständen zirka 20 pZt. der Heuer zusprechen und sucht nur, wenn ihr Unterhalt vorher ganz oder überwiegend von dem Manne bestritten worden ist. Die Einführung der Krankenversicherung für die Seeleute, gegen die Herr Rettich eintritt, läge gerade im Interesse der kleinen Reeder. — Schließlich möchte ich die Frage an den Herrn Staatssekretär richten, wie die Krankenunterstützung derjenigen Seeleute zu regeln ist, die in noch nicht arbeitsfähigem Zustande zu ihrer Familie ins Haus gehen. Ich meine, daß im § 61 des Gesetzes die Höhe der Verpflegungskosten für diesen Fall geregelt ist. Sollte das nicht der Fall sein, so müßte in das Gesetz eine Bestimmung darüber aufgenommen werden. (Bravo b. d. Soziald.)

Staatssekretär Graf Posadowsky: Die Vorlegung dieses Gesetzentwurfs hat, wie ich bereits im vorigen Jahre bekannte, große Schwierigkeiten gemacht. Ich bitte dringend, die Frage, ob man überhaupt die Krankenversicherung für Seeleute auf eine andere Grundlage stellen soll, mit diesem Gesetz nicht zu verknüpfen. Ich habe den dringenden Wunsch, daß die Wohltat dieses Gesetzes den Seeleuten bald zu Gute kommt. (Bravo!)

Damit schließt die Diskussion.

Eine Kommissionsberatung wird nicht beschlossen.

Das Haus vertagt sich.

Nächste Sitzung: Montag 1 Uhr. (1. Reichsanzeiger für die Bahn von Dar-es-Salaam nach Mrogro. 2. Aufnahme einer Anleihe für das Schutzgebiet Togo. 3. Erste Lesung des Börsengesetzes und der Stempelsteuernovelle.)

Schluß 6½ Uhr.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Wie sie zittern! Eine bürgerliche Korrespondenz meldet: „Für die sozialdemokratische Maifeier, welche in diesem Jahre, da der 1. Mai auf einen Sonntag fällt, in größtem Umfange stattfinden dürfte, werden von den Sicherheitsbehörden die weitesten Maßnahmen getroffen. Schon jetzt ist, jedenfalls nach einheitlichem Plane, in vielen Städten den sozialdemokratischen Verbänden ein Umzug in geschlossener Masse untersagt worden, da derartige Kundgebungen eine Demonstration gegen den bestehenden Rechtszustand bedeuteten und deshalb eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit, Ruhe und Ordnung in sich bergen. Die Gendarmerie wird am Maitage vollzählig auf dem Plane erscheinen, um nötigenfalls eingreifen zu können. Auch das Militär wird am 1. Mai teilweise auf Ausgang verzichten müssen, da Kasernenkonsignierungen vorgesehen sind." — Spießbürgerängste, die nur dazu beitragen, auf das nachdrücklichste Propaganda für die Maifeier zu machen! Mögen sie nach Polizei und Militär schreien. Die Idee des Weltfeiertages der Arbeit läßt sich nicht erwürgen. Die Arbeiter werden ihr Fest feiern — trotz Schelm und Helm und alledem!

Von den Handelsvertragsverhandlungen. Die Verhandlungen wegen des deutsch-belgischen Handelsvertrages sind nach der „Magdeb. Ztg." Sonnabend in Brüssel beendigt worden. Bisher wurden 16 Sitzungen abgehalten. Die „Magdeburger Zeitung" erfährt aus sicherer Quelle in Brüssel, daß noch viele Schwierigkeiten zu überwinden sind. Die handelspolitischen Vorarbeiten zwischen Deutschland und Rumänien sind, einer Meldung aus Berlin zufolge, soweit gefördert, daß die mündlichen Verhandlungen demnächst beginnen werden.

Der 1000. Hirsch. Wir lesen in bürgerlichen Blättern: „Ein Kaisergedenkstein wird in der Schorfheide bei Zehdenick an derjenigen Stelle zur Aufstellung gelangen, wo der Kaiser seinen tausendsten Hirsch erlegt hat. Der Stein, ein Findlingsblock im Gewicht von 50 Zentnern, trägt folgende Inschrift: „Unser durchlauchtigster Markgraff und Herre, Kaiser Wilhelm II., faellete allhier am 20. IX. a. d. 1898 Aberhöchst Seinen 1000 edel Hirschen von 20 Enden." — Vielleicht erleben wir es gar noch, daß auch die Stelle durch ein Denkmal ausgezeichnet wird, wo das gekrönte Haupt zum tausendsten Mal seine Notdurft verrichtet hat. In der Sache selbst würde sich das doch schließlich gleich bleiben.

Der Aufstand in Deutsch-Südwestafrika. Der neue Truppentransport, der am 30. d. Mts. auf dem Reichspostdampfer „Herzog" von Hamburg nach Swakopmund in See geht, soll, wie verlautet, hauptsächlich dazu bestimmt sein, die englische Grenze zu überwachen, da es sich gezeigt hat, daß die Herero von dieser Seite aus unseren Schutztruppen am gefährlichsten geworden sind. In den nächsten Tagen werden von Hamburg 500000 Gewehrpatronen nach dem Schutzgebiet zur Verschickung gelangen.

Kleine politische Nachrichten. Der Chefredakteur des Bilderbuches für große Kinder „Die Woche", Dobert, wurde von der Strafkammer in Berlin wegen Verrates militärischer Geheimnisse zu sieben Tagen Festungshaft verurteilt. Dobert hatte in der „Woche" eine Abbildung des neuen Abschlußgitters der Festung Metz gebracht und einige begleitende Worte hinzugefügt. — Aachener Blättern zufolge sind die zwischen Preußen und Belgien schwebenden Verhandlungen betreffend die Regelung der politischen Verhältnisse in Neutral-Moresnet in der Hauptsache erledigt, sodaß der endgültige Abschluß unmittelbar bevorsteht. — Der Leutnant von Kluezow, der sich vor elf Jahren der Fahnenflucht schuldig machte und jetzt erst sich stellte, wurde vom Divisionsgericht in Breslau zu 1 Jahr Gefängnis und Ausstoßung aus dem Heere verurteilt. — In Mülheim a. Rh. ist der Aerztestreik nunmehr Tatsache geworden. Die Aerzte haben am Sonnabend ihre Krankenkassentätigkeit eingestellt. — Ueber einen französisch-belgischen Grenz-Konflikt wird aus Givet berichtet. Danach sollen einige belgische Gendarmen während des Metallarbeiterausstandes mehrere Schüsse auf sich auf französischem Gebiet aufhaltende Ausständige abgegeben haben. Die Untersuchung ist eingeleitet. — Die Untersuchung in Sachen des angeblichen Komplotts gegen den Präsidenten Loubet hat ergeben, daß die verhafteten Italiener irgend ein Attentat nicht beabsichtigt haben. Sie dürften deshalb, wie aus Marseille gedrahtet wird, schon in nächster Zeit freigelassen werden. — Wie aus Montevideo zum Aufstande in Uruguay gedrahtet wird, steht General Saravia gegenwärtig südlich von Rio Negro. Die Aufständischen sind bei dem Versuch, die Stadt Artigas zu nehmen, geschlagen worden.

Dänemark.

Der dänische Reichstag ist am Sonnabend geschlossen worden, weil die Vorlage betreffend verschiedene Änderungen des Strafgesetzes, darunter Einführung der Prügelstrafe für Gewalttätigkeiten und Sittlichkeitsverbrechen, solchen Widerstand, auch innerhalb des Ministeriums, begegnete, daß ihre Durchführung unwahrscheinlich erschien. Es ist also den dänischen Oertelianern unmöglich geworden, ihre Beute unter Dach und Fach zu bringen.

Rußland.

Neue Greueltaten aus den russischen Gefängnissen meldet die „Tribune Russe" aus Kowno. Die politischen Gefangenen haben furchtbar zu leiden, besonders die Frauen. Eine sozialdemokratische Gefangene, Vera Speransky, wurde von einem Inspektor mit unsittlichen Anträgen verfolgt. Dieselbe ergriff ein Wasserglas und warf es dem Beleidiger an den Kopf. Der Inspektor gab hierauf den Befehl, unsere Genossin in ein dunkles unterirdisches Verließ zu sperren. Hier mußte die Aermste fünfmal 24 Stunden bei einer Temperatur von 25 Grad Kälte verbleiben. Vera Speransky wurde halb tot ins Spital geschafft. Angesichts einer solch entsetzlichen Vergewaltigung beschlossen die übrigen politischen Gefangenen, zu der radikalsten Protestform zu greifen, die in den Kerkern möglich ist: nämlich die Nahrungsaufnahme zu verweigern. Nach drei Tagen fand man einen Gefangenen leblos am Boden liegen. Als die gewöhnlichen Strafgefangenen diesen Vorfall erfuhren, revoltierten sie, zertrümmerten die Stühle, Tische und Fenster mit dem Rufe: „Nieder mit der Ungerechtigkeit!" Mit Hilfe der Soldaten jedoch ward der Vizegouverneur Herr der Meuterer und ließ sämtliche Rebellen in unterirdische Räume bringen.

Oesterreich-Ungarn.

Der Generalstreik der ungarischen Eisenbahner ist beendet. Die starke Hand des Grafen Tisza hat mit Gewalt eingegriffen, um dem Streik ein Ende zu machen. Wie aus Budapest gemeldet wird, erschien Sonnabend Mittag ein großes Polizeiaufgebot unter Führung des Polizeichefs Rudnay sowie zwei Eskadronen Husaren vor dem Lager der Ausständigen. Der Führer Sarlay wurde wegen Aufreizung und Majestätsbeleidigung verhaftet, weil er den königlichen Befehl betreffs Einberufung der Eisenbahner-Reservisten abfällig kritisiert haben soll. Sodann hielt Rudnay an die Ausständigen eine Ansprache, in der er die angeblich begangenen ungesetzlichen Handlungen beleuchtete und erklärte, daß nunmehr das Strafverfahren eingeleitet sei. Jeder einzelne Anwesende mußte sich legitimieren und erhielt, falls er gestellungspflichtig war, vom anwesenden Hauptmann des Ergänzungs-Bezirkskommandos seine Einberufungsordre, nach der er sofort zur Truppe einzurücken hatte. Hierauf wurde das Lager der Ausständigen für aufgelöst erklärt, wobei diese keinen Widerstand leisteten, was auch sehr verständig ist. Nach der Auflösung des Streiklagers intervenierte der Abgeordnete Vazsonyi nochmals beim Streikkomitee, indem er die nunmehrige Aussichtslosigkeit des weiteren Kampfes betonte. Das Streikkomitee erklärte sich denn schließlich auch bereit, die von der Regierung gewährten Konzessionen als Grundlage des Friedens anzunehmen und das weitere Schicksal der Streikenden in die Hände der Regierung und des Parlaments zu legen. Großen Einfluß auf die Entscheidung des Streikkomitees übte nach der „Frkft. Ztg." die authentische Meldung, daß sich in Neuhäusel 1200 Eisenbahner zum Dienst gemeldet hatten. Das Streikkomitee hatte, als die Aufhebung des Streiks beschlossene Sache war, noch den weiteren Beschluß gefaßt, an den Handelsminister eine Deputation zu senden, um ihn von diesem Beschlusse zu unterrichten. Der Minister lehnte jedoch den Empfang der Abordnung vorläufig ab und ließ ihr sagen, sie möchte in 8 Tagen wieder vorsprechen. — So hat denn der Riesenstreik vorläufig mit einer Niederlage der streikenden Eisenbahnsklaven geendet, aber trotzdem wird der Kampf nicht vergeblich gewesen sein: er hat den antisozialen Charakter des ungarischen Regiments mit einer Deutlichkeit bloßgelegt, daß von ihm ganz sicherlich auch politische Veränderungen ausgehen werden. Im Anschluß hieran sei noch eine Episode aus dem Streik wiedergegeben, die die Wiener „Arbeiterztg." erzählt. In Debreczin hatten die Streikenden die Lokomotive vom Zuge abgekoppelt, so daß der Zug nicht weiterfahren konnte. Bei der Debrecziner Betriebsleitung lief darauf ein Telegramm vom Ministerium ein. Das Telegramm begann mit den Worten: „Ich verordne . . ." Es wurden nur diese beiden Worte aufgenommen. Der Beamte schaltete den Telegraphen-Apparat aus und telegraphierte sofort zurück: „Auf das übrige sind wir nicht neugierig!"

Frankreich.

Streikende Schiffsoffiziere. Infolge einer Beschwerde des Verbandes der Seeleute waren einige Offiziere der Handelsmarine von ihren Schiffen entlassen worden. Daraufhin hat nun am Sonnabend die Vereinigung der Kapitäne der Handelsmarine in Marseille beschlossen, solange in den Ausstand zu treten, bis ihre Kameraden wieder in ihre Stellungen eingesetzt sind.

England.

Die englischen Gewerkvereine haben einen bemerkenswerten Erfolg zu verzeichnen. Das Unterhaus nahm nämlich am Freitag mit 238 gegen 199 Stimmen die zweite Lesung einer Vorlage an, durch welche das bestehende Recht bezüglich der Gewerkvereine in mehreren Punkten abgeändert wird, die zu gerichtlichen Entscheidungen zu ungunsten der Gewerkvereine geführt hatten. Von seiten der Regierung wurde erklärt, daß sie die Entscheidung der Frage dem Hause anheimgebe, ohne für oder gegen Stellung zu nehmen.

Australien.

Die Ministerkrisis. Der Führer der Arbeiterpartei, Watson, hat den Auftrag zur Neubildung des Kabinetts angenommen. Er hat sich jedoch noch eine Frist bis Mittwoch ausbedungen.

Lübeck und Nachbargebiete.

Montag, den 25. April.

Der Bäckerstreik und die Sozialdemokratie. Wie nicht anders zu erwarten, benutzt die hiesige bürgerliche Presse die Gelegenheit, um anläßlich des Bäckerstreiks in der schmutzigsten Weise gegen die Sozialdemokratie zu Felde zu ziehen und diese direkt mit dem Streik zu identifizieren. Den Gipfelpunkt dieser geradezu schamlosen Hetze haben aber die „Lübeckischen Anzeigen" durch einen in gestriger Nummer veröffentlichten Leitartikel über den Lübecker Bäckerstreik erreicht. Trotzdem ihr „Chef"-redakteur am Donnerstag in der Volksversammlung anwesend war, und dort, sowie durch die Veröffentlichungen der Lohnkommission die Wahrheit über die Ursachen des Bäckerstreiks erfahren hat, besitzt sein Organ dennoch den geradezu traurigen Mut, mit frecher Stirn zu behaupten: die Sozialdemokratie habe den Bäckerstreik inszeniert, nicht die wirtschaftlichen oder sozialen Interessen seien für denselben in erster Linie maßgebend gewesen, sondern das Parteiinteresse. Mit derselben Dreistigkeit behauptet es auch, es handle sich bei dem Streik um ein „Geschäftsmanöver zu Gunsten der sozialdemokratischen Genossenschaftsbäckerei." Würde es sich hier nicht um ein nationallibe-

rales Organ, d. h. einer Ablagerungsstelle für geistigen Schutt, handeln, dann würden wir kategorisch die Beweisführung für diese gemeine und niederträchtige Behauptung verlangen. Wir können jedoch um so leichter darauf verzichten, als jenes Blatt in seinen weiteren Ausführungen den Nachweis liefert, daß das bekannte Wort: „Wen die Götter verderben wollen, den schlagen sie mit Blindheit" mit vollem Recht auf den Artikelschreiber angewendet werden kann. Derselbe behauptet nämlich weiter, daß die Genossenschaftsbäckerei aus ihren Mitteln sozialdemokratische Institutionen pekuniär unterstütze und auch unserem Parteiorgan eine solche Unterstützung zuteil werden lassen solle. Jeder mit dem Genossenschaftsgesetz nur einigermaßen Vertraute weiß jedoch, daß eine pekuniäre Unterstützung nach den gesetzlichen Bestimmungen vollständig unmöglich ist. Oder will der Artikelschreiber vielleicht behaupten, daß das Genossenschaftsgesetz den sozialdemokratischen Genossenschaften gegenüber keine Anwendung findet? Mit der Verneinung dieser Frage fallen auch alle Kombinationen von dem innigen Verhältnis zwischen Partei resp. Parteiorgane und Genossenschaftsbäckerei.

Die weitere Behauptung, daß Letztere nur aus Anlaß des Bäckerstreiks die Einführung der Weißbrotbäckerei beschlossen hat, richtet sich von selbst durch die Tatsache, daß bereits seit ½ Jahre Semmel auf der Genossenschaftsbäckerei gebacken worden sind, also zu einem Zeitpunkt, wo selbst die Bäcker noch gar nicht an einen Streik dachten. Auf die übrigen albernen Behauptungen von der ablehnenden Haltung gegenüber dem Konsumverein 2c. einzugehen, verlohnt sich nicht der Mühe. Bemerken wollen wir nur noch, daß der Chefredakteur — ob bewußt oder unbewußt, mag dahingestellt bleiben — sich mit der Wahrheit auf gespannten Fuß stellt, wenn er behauptet, Genosse Allmann hätte in der Donnerstag-Versammlung offen erklärt, das Endziel der Bäckereibewegung sei die Vernichtung aller kleinen Meister, d. h. der Einzelbäckereien, allgemein. Eine solche Verletzung der Wahrheit mag wohl im Interesse der Bäckermeister liegen, dem Ansehen eines Chefredakteurs entspricht sie jedoch nicht. Offensichtlich handelt es sich bei diesem ganzen Treiben der bürgerlichen Presse und ihrer Helfershelfer nur darum, das Bürgertum gegen die berechtigten Forderungen der Bäckergesellen scharf zu machen. Um dieses von den Bäckermeistern gewollte Ziel zu erreichen, wittert man auch hinter diesem Streik die „Hydra der Revolution". Einsichtige Leute aus dem Bürgertum lassen sich durch solche Machinationen allerdings nicht fangen!

Zur Aussperrung auf der Koch'schen Schiffswerft wird uns geschrieben: Die Werft hatte in diesem Jahre umfangreiche Reparaturen auszuführen, u. a. zwei Schiffe zu verlängern. Da auch der Neubau von Schiffen seinen gewohnten Fortgang nahm, mußten erhebliche Neueinstellungen von Arbeitern erfolgen; a. u. wurden auch 50—60 Nieter eingestellt. Die Einstellungen erfolgten nun aber nicht zu den auf der Werft jetzt üblichen Löhnen, sondern zu einem bedeutend niedrigeren. Die Differenz betrug bei gleicher Arbeitsleistung bis zu 7 Pfg. die Stunde. Da auch der Akkordüberschuß prozentual verteilt wurde, so standen sich die neueingestellten Nieter in ihrem Verdienst bedeutend schlechter als diejenigen Arbeiter, welche schon längere Zeit auf der Werft beschäftigt und an der letzten Lohnerhöhung im vergangenen Jahre, die 3 Pf. pro Stunde betrug, teilgenommen hatten.

Ein solcher von der Direktion geschaffener Zustand mußte natürlich unter den Nietern zu einem lebhaften Meinungsaustausch führen. Da nun auf der Werft Zustände vorhanden sind, welche auf keiner deutschen Werft angetroffen werden können, gab es in den Werkstätten-Versammlungen der Nieter erregte Debatten, welche zur Aufdeckung von Zuständen führten, die den Nichtbeteiligten ganz unverständlich sind und daher eine falsche Auffassung über die Berechtigung des Verhaltens der Nieter erzeugen müssen. Einige Mißstände sollen hier nun besprochen werden, um der breitesten Oeffentlichkeit einen Einblick in die Arbeitsverhältnisse der Nieter auf der Werft zu gewähren. Da ist zunächst das Akkordsystem. Die Akkordsätze sind unseres Wissens die niedrigsten, welche auf Werften bezahlt werden. Nun ist aber trotzdem einigermaßen gut verdient worden, und zwar war der Verdienst auf der Werft bei den Nietern noch besser als der mancher Arbeiter in Lübeck. Worauf das aber zurückzuführen ist, das beweisen wir am besten durch ein Beispiel:

Eine Nieterkolonne, bestehend aus vier Mann, hatte einen Lohn von 1,39 Mk. die Stunde. Ihr war eine Akkordarbeit von 6588 Nieten übertragen worden. Die Kolonne arbeitete daran 250 Stunden und erhielt für die 6588 Nieten insgesamt 374,43 Pf., mithin die Stunde 1,49¾ Mk. Ausgezahlt erhielt die Kolonne aber pro Stunde 1,98 Mk., mithin 48 Pf. mehr. Untersuchen wir, woher dieses Mehr kommt, so finden wir, daß die Kolonne 250 Stunden in Akkord gearbeitet, aber nur 190 Stunden Akkord, die übrigen Lohn geschrieben hat. Dieses System hat aber seine Schattenseiten, die die Nieter manchmal recht unliebsam zu fühlen bekamen. Je nach dem Ermessen der Direktion oder eines Beamten ist der Lohn gestrichen worden und die Nieter haben so gut wie nichts verdient. Die Direktion kann sich bei Durchsicht der Bücher selbst von der Richtigkeit dieser Angabe überzeugen.

Ein anderer Tric wurde gleichfalls häufig von den Nietern angewandt. So wurden bei Ablieferung des Maschinenschachtes 2000 Nieten mehr abgegeben, als nachher der Meister herauszählen ließ. Auch hier war so gut wie nichts verdient worden. In ihren Werkstättenversammlungen kamen die Nieter zu der Ueberzeugung, daß ein solches System unter allen Umständen abgeschafft werden muß.

Ein weiterer Mißstand, welcher auf keiner Werft angetroffen wird, ist der Bau der Stellungen. Ist ein Schiff abgelaufen und der Helling leer, dann sind alle Stellungen abgebrochen. Sobald nun ein neues Schiff auf den Helling kommt, dann bauen die Schiffszimmerer Stellagen zu dem Rahmen, also eine Stellung oben ums Schiff herum und zwar 2 Brett breit. Ist der Rahmen gelegt und sind die Spanten aufgestellt, dann ist diese Stellung wieder verschwunden. Weitere Stellungen werden nicht eher gebaut, bis die Nieter mit dem Nieten beginnen. Das Anbringen der Platten wurde in folgender Form bewerkstelligt: Die auf einem Wagen nach dem Schiff geschafften Platten werden mit der Winde aufgehievt und mit 4 Schrauben an den Spanten angeheftet. Die Schrauben werden jedoch nicht von außen, sondern von innen, wo manchmal noch etwas Stellage vorhanden ist, befestigt und zwar auf folgende Weise: Der Anschrauber nimmt eine lange Nietenzange, langt über die Platten und steckt mit der Zange eine Schraube hindurch, welche alsdann festgedreht wird. Um eine regelrechte Abnietung vornehmen zu können, müssen diese Schrauben später wieder entfernt werden, da dieselben nur hemmend beim Nieten sind. Es kommt auch vor, daß man, wenn an den oberen Platten-Gängen die Laschen angepaßt werden, einfach eine Leiter über Bord hängt, woran ein Arbeiter alsdann herunterklettern muß, um die Arbeit auszuführen. Sind die Platten nun angebracht, dann kommen die Nieter, um mit dem Abnieten derselben zu beginnen. Zuerst beginnt man mit dem Boden; bei regnerischem Wetter stehen die Nieter hier bis an die Knöcheln im Lehm. Alsdann werden die Seiten in Angriff genommen; hier legt man zunächst einige Bretter über Böcke oder Klötze. Ist diese Arbeit beendet, dann geht's höher und müssen die Nieter nun die einzelnen Juken durchziehen, während die Zimmerleute sich erst eine Leiter holen und Block und Seil befestigen. Um die Juken durchziehen zu können, müssen die Nieter das alles vor der Hand machen, da es denselben an der nötigen Zeit mangelt. Bei dieser Arbeit geht es auf Leben und Tod, da die Arbeiter sich, wenn die Juken durchgezogen werden, mit einer Hand festhalten müssen, während sie mit der anderen die Arbeit verrichten.

Wie aus vorstehenden Beispielen ersichtlich, ist das ganze System, nach welchem auf der Werft gearbeitet wird, nicht gerade als ehrlich zu bezeichnen. Auch auf Schutz und Sicherheit der Arbeiter scheint uns bei solcher Arbeitsmethode, wo jeder, der Stellungen gebraucht, sich ohne Rücksicht auf die Länge seiner Arbeitsdauer auf der Werft welche bauen muß, nicht genügend Rücksicht genommen zu sein. Die Direktion will nun anscheinend alles so beibehalten. Andernfalls hätte sie wohl die Forderungen der Nieter, durch welche das Lohnschreiben und der Stellungsbau geregelt werden soll, bewilligt und nicht die übrigen Arbeiter ihres Betriebes auf das Pflaster geworfen.

Es sei hiermit noch ausdrücklich festgestellt, daß es sich bei dem Streik der Nieter nicht um Lohnforderungen, sondern um Regelung der Akkordsätze, welche unseres Wissens in Lübeck am niedrigsten sind, um Schutz für Leben und Gesundheit beim Bau von Stellagen, die trotz der niedrigen Nietpreise mit im Akkord gebaut werden müssen, handelt.

Die Vorstände der Gewerkschaften, deren Mitglieder bei der Aussperrung resp. dem Ausstand auf der Kochschen Werft beteiligt sind, machen wir auf die heute Abend stattfindende Versammlung aufmerksam.

Zur Lohn- und Tarifbewegung der Lübecker Seeleute. Am Freitag Abend tagte bei Th. Kruse, Untertrave, eine zahlreich besuchte öffentliche Versammlung der Seeleute. Der Verbandsvorsitzende, Gen. Paul Müller-Hamburg, hielt einen instruktiven 1½stündigen Vortrag über „Die diesjährige Lohn- und Tarifbewegung der Seeleute Lübecks." Eingehend erläuterte Redner den nachfolgenden dem Reederverein unterm 29. März unterbreiteten Tarifentwurf:

Lübeck, den 29. 3. 1904.

An den löbl. Vorstand des Vereins Lübecker Reeder.
Lübeck.

Sehr geehrte Herren!

Die unterzeichneten Vertreter des Lokalvorstandes der Mitgliedschaft Lübeck des Seemanns-Verbandes in Deutschland, als auch der Vertreter des Zentralvorstandes genannten Verbandes mit dem Sitze in Hamburg, erlauben sich, einem löbl. Verein der Reeder Lübecks den nachfolgenden Entwurf eines Lohn- und Arbeitstarifs für alle Seeleute niederer Charge, die auf Lübecker Schiffen — soweit sie in erster Linie dem Verein der Lübecker Reeder unterstehen — beschäftigt werden, nach eingehender Vorberatung und reiflicher Erwägung aller Momente und Begleiterscheinungen zu unterbreiten, mit der Bitte, denselben seitens des Vereins der Reeder zu prüfen. Ganz besonders erlauben wir uns darauf hinzuweisen, daß die nachfolgenden Vorschläge sich genau an den Abmachungen halten, die im vorigen Jahre in gemeinsamen Konferenzen von Vertretern der Reeder und Seeleute vereinbart worden sind, die allerdings aus uns unbekannten Gründen entgegen dem Versprechen des Herrn Reeder Lange und des nunmehr leider verstorbenen Handelskammersyndikus Dr. Sieverts nicht zum Tarif nach gegenseitiger Anerkennung erhoben worden sind. Wir erlauben uns, auf die Verhandlungsprotokolle vom 13. und 20. Juli des Jahres 1903 zu verweisen. An diese Abmachungen halten wir uns strenge, in der Erwartung, daß auf dieser Basis eine friedliche Verständigung über die gemachten Vorschläge eher ermöglicht wird. Unsere Vorschläge sind die folgenden:

Lohn- und Arbeitstarif
für alle Lübecker Schiffe und Mannschaften.

Am heutigen Tage ist zwischen den Vertretern des Vereins der Lübecker Reeder als der Vertretung Lübecker Reeder, und dem Seemanns-Verbande in Deutschland, Mitgliedschaft Lübeck — unter ausdrücklicher Zustimmung des Zentralvorstandes des Seemanns-Verbandes in Deutschland, mit dem Sitze in Hamburg — nachstehendes vereinbart und durch nachstehende Unterschrift als gültig und bindend für beide Kontrahenten anerkannt worden:

A. Heuer- und Ueberstundenlohn.

1) Die Heuer auf Lübecker Schiffen beträgt monatlich für:

Heizer	60	Mk.
Matrosen	60	„
Köche	75	„
Bootsleute	75	„
Zimmerleute	78	„
Leichtmatrosen	45	„
Trimmer	45	„

Die Heuer für die Schiffsjungen wird je nach Alter und Fahrzeit berechnet und bleibt der freien Vereinbarung zwischen dem Reeder und Anmusternden überlassen.

2) Der Ueberstundenlohn ist auf 40 Pfg. festgesetzt.

B. Musterungsbestimmungen.

1) Gemäß den Bestimmungen des § 68 der Seemannsordnung vom 2. Juni 1902 ist die Kündigung eine gegenseitige und hat beiderseitig 24 Stunden vor Abgang des Schiffes aus einem deutschen oder ausländischen Hafen zu erfolgen. Anderweitige Kündigungen sind ungültig, wenn sich nicht aus den Bestimmungen der Seemannsordnung ein Recht auf sofortige Abmusterung für beide Teile ergibt.

2) Wird das Schiff aus irgend einem Grunde (auch im Falle des Einfrierens) in einem deutschen oder ausländischen Hafen aufgelegt, so kann die Mannschaft sofort entlassen werden gegen Vergütung des Reisegeldes nach dem Ausgangs- oder Anmusterungshafen, zuzüglich der Heuer für die Dauer dieser Reise, wenn solches gesetzlich vorgeschrieben ist.

C. Berechnung der Ueberstunden und Wachesystem.

1) Die Seewache wird für die Deckmannschaften aufgesetzt, sobald das Schiff die offene See erreicht hat. Für die Maschinenmannschaften 2 Stunden vor Abgang des Schiffes aus dem Hafen, einerlei, ob der offenen See ein Revier vorausgeht.

2) Wird über die in vorstehende Bestimmungen festgesetzte Zeit hinaus die Freiwache mit Arbeiten irgend welcher Art beschäftigt, so erhält sie für diese Zeit Ueberstundenlohn. Wird im Kohlenhafen Seewache gesetzt, sobald das Schiff unter die Spout kommt, erhält die Freiwache, die zur Verrichtung irgend welcher Arbeiten an Deck beordert wird, Ueberstundenlohn für diese Zeit; wird keine Seewache gegangen, dann ordnen sich die Ueberstunden wie sonst im Hafen.

3. Auf See erhalten die Freiwachen Ueberstundenlohn bezahlt für diejenige Zeit, in der sie beschäftigt werden. Auch wird das Hieven und Ueberbordwerfen der im Hafen angesammelten Asche mit Ueberstundenlohn bezahlt, wenn diese Arbeit von der Freiwache verrichtet wird.

4. Als Ueberstundenarbeit sind zu betrachten: Schiffverholen, Ladung festmachen, Löschgeschirr auf- und niederbringen, Schiffsreinigen und -malen. — Ueberstunden werden nicht bezahlt, wenn die Sicherheit des Schiffes die Mitarbeit der Freiwache im Hafen, auf der Reede oder auf See erfordert.

5. Ueberstunden werden bis zu 30 Minuten mit einer halben, über 30 Minuten mit einer vollen Stunde bezahlt.

D. Allgemeine Bestimmungen.

1. Die Musterungsbestimmungen als auch diese tariflichen Bestimmungen sind im Mannschaftslogis öffentlich auszuhängen.

2. Vorstehende tarifliche Bestimmungen, wie solche zwischen den oben bezeichneten Kontrahenten vereinbart und abgeschlossen sind, haben Gültigkeit bis zum 1. Mai 1906, und treten mit dem 1. Mai 1904 in Kraft mit der Maßgabe, daß sie sich in rückwirkendem Sinne auch auf solche Schiffe und Mannschaften erstrecken sollen, die vor dem 1. Mai 1904 angemustert worden sind. Eine Kündigung dieses Tarifes muß beiderseitig drei Monate vor seinem Ablauf erfolgen, andernfalls er als auf ein weiteres Jahr als stillschweigend verlängert gilt und anerkannt wird. Beide Kontrahenten verpflichten sich, für strengste Innehaltung der vorstehenden tariflichen Bestimmungen Sorge zu tragen.

Lübeck, den . . . . . 1904.

Für den Lübecker Reederverein: . . . . . .
„ „ Seemanns-Verband: . . . . . .

Anmerkungen der Petenten:

Geehrte Herren! Wir haben die vorstehenden Vorschläge gemacht, weil wir bestimmt annehmen, daß Sie geneigt und bereit sein werden, die vorstehenden Fragen gemeinsam mit Vertretern der Seeleute durch Tarif zu regeln. Wir unsererseits sind gerne geneigt, uns auf friedlichem Wege mit ihnen zu verständigen. Als Verhandlungstag schlagen wir Ihnen den Freitag, 15. April, vor. Ihrer geneigten Antwort entgegensehend, zeichnen

Mit aller Hochachtung

Lokal-Vorstand: J. A. J. Lorenz.
Zentral-Vorstand: J. A. Paul Müller.

Auf diese höchst bescheidenen Forderungen der Seeleute — die übrigens zum Teil geltende Lohn- und Arbeitsbedingungen nur tariflich auf bestimmte Dauer festlegen wollen — hat sich der Lübecker Reederverein ohne ersichtliche Gründe in seiner Antwort ablehnend geäußert. Dieselbe lautet:

Lübeck, den 11. April 1904.

An den Lokalvorstand des Seemanns Verbandes in Deutschland, z. H. des Herrn Julius Lorenz hierselbst.

In Erwiderung Ihres gefälligen Schreibens vom 29. v. M., betreffend Lohn- und Arbeitstarif für Seeleute auf Lübecker Schiffen, teilen wir Ihnen ergebenst mit, daß wir gemäß dem Beschlusse der Vereinsversammlung nicht in der Lage sind, die vorgeschlagene Vereinbarung zu treffen, sondern es den einzelnen beteiligten Reedereien überlassen müssen, auf die von Ihnen gemachten Vorschläge einzugehen.

Der Vorstand
des Vereins der Reedereien zu Lübeck.

Hermann Warnke, Vorsitzender. Dr. Kalkbrenner, Schriftführer.

Unter starker Zustimmung der Versammelten sprach der Redner sein Bedauern über dies Verhalten der Reedereien aus, worauf folgende Resolution einstimmig Annahme fand:

„Die am 22. April zahlreich versammelten Seeleute niederer Chargen Lübecks erklären ihre vollste Zustimmung zu dem am 29. März dem Reederverein zu Lübeck unterbreiteten Lohn- und Arbeitstarifentwurf. Sie betrachten die aufgestellten Forderungen und gemachten Vorschläge für äußerst bescheiden und durchaus berechtigt. Sie bedauern lebhaft, daß der Verein der Lübecker Reeder den Vorschlag auf gemeinsame Unterhandlung ohne ersichtlichen Grund so kurzerhand abgelehnt hat. Mit den verschiedenen Reedereien über den Tarifentwurf einzeln zu unterhandeln, halten die Versammelten wegen der damit verbundenen Umständlichkeiten für nicht zweckdienlich, wohl aber beauftragen sie die Verbandsleitung, das Gewerbegericht als Einigungsamt anzurufen. Sollte dieser Versuch, eine friedliche Verständigung herbeiführen, scheitern, so soll als letzter Versuch das Seemannsamt als Einigungsamt angerufen werden. Scheitert auch dieser Versuch, dann soll die Verbandsleitung ermächtigt sein, alle weiter etwa erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen."

Alle gemachten Vorschläge fanden in der Diskussion lebhafte Zustimmung. Die Verbandsleitung hat sofort die nötigen Schritte getan und ist bereits das Gewerbegericht als Einigungsamt angerufen worden. Hoffen wir, daß es dort zu einer Einigung kommt.

Achtung, Schneider! Im gestrigen „General-Anz." sucht Herr Karstadt in Wandsbek tüchtige Rock- und Westenschneider. Wir verweisen deshalb darauf, daß seitens der organisierten Schneider Wandsbeks über obiges Geschäft die Sperre verhängt ist.

Wegen Sittenverbrechens wurde der 16jährige (!!) Arbeiter P. Sonnabend von der Strafkammer zur Mindeststraße von 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Oeffentlichkeit statt.

Durchgänger. Gestern nachmittag ging auf der Israelsdorfer Allee ein Gespann mit zwei Pferden durch. Wie wir nachträglich erfahren haben, sollen Menschen hierbei glücklicherweise nicht zu Schaden gekommen sein.

pb. **Eine schlagfertige Fee.** Gegen ein in einem hiesigen Gasthofe dienendes Küchenmädchen, das den mit ihm zusammendienenden Hausdiener mit einem emaillierten Teetopf auf die Nase und auf den Kopf schlug, wurde Anzeige wegen Körperverletzung mittels gefährlichen Werkzeuges erstattet.

pb. **Schwindel.** Ermittelt und festgenommen wurden am Sonnabend den 23. d. Mts. zwei hiesige Arbeiter, die im Verein mit einem Dritten, der sich verborgen hält, größere Geschäfte in hiesiger Stadt dadurch schädigten, daß sie unter Vorlegung selbstgeschriebener, mit den Namen kleinerer Höker, Kolonialwarenhändler und Privatpersonen versehener Bestellzettel, sich Waren aller Art, besonders Lebensmittel und Spirituosen, auf Kredit verschafften. Es ist auch verschiedentlich vorgekommen, daß sie Kinder mit solchen gefälschten Bestellzetteln in die Geschäfte sandten.

pb. **Das böse Gewissen.** Am Sonnabend Mittag stellte sich freiwillig ein Kommis aus Rodrow unter der Selbstbezichtigung, seinem in Berlin wohnenden Chef 400 Mark unterschlagen und damit das Weite gesucht zu

haben. Der Defraudant, der das so erworbene Geld bereits bis auf 5 Pfg. für sich verbraucht hatte, wurde festgenommen.

pb. **Mißhandlung.** Ein hiesiger Arbeiter wurde zur Anzeige gebracht, weil er einen Tischlergesellen mißhandelte.

pb. **Ein „teurer" Besuch.** Gegen einen Tischlergesellen, der dringend verdächtig ist, seinem früheren Logiswirt, dem er am letzten Sonnabend einen Besuch abstattete, etwa 140 Mark, eine neue graupunktierte Hose, eine Herrenuhrkette (Doublee) und ein Pincenez gestohlen zu haben, wurde Anzeige erstattet.

pb. **Unterschlagung.** Seitens eines Viehhändlers wurde ein Arbeiter aus Gr. Schlamia zur Anzeige gebracht, weil er den Kaufpreis von 150 Mark, den er für eine dem Viehhändler gehörige Kuh vereinnahmte, nicht an letzteren ablieferte, sondern für sich behielt.

Aus der Arbeiterbewegung der Nachbargebiete Das Hamburger Gewerkschaftskartell beantragte beim Senat, den ortsüblichen Tagelohn von 3 Mk. auf 4 Mk. festzusetzen. — Die Genossen Hamburgs haben in der kombinierten Versammlung der drei Vereine beschlossen, den Ueberschuß der Reichstagswahlkasse, nämlich 8068,27 Mark, an die Parteikasse in Berlin abzuführen. — Der Maifestzug in Wilhelmsburg bei Harburg ist aus „sicherheits- und ordnungspolizeilichen Gründen" verboten worden. Ferner sollen die Texte zu den Vorträgen und Aufführungen dem Landrat vorgelegt werden. Echt preußisch! — Die Nagelschmiede in der Hufnagelfabrik in Bergedorf sind abermals in den Streik getreten. — Zur Lohnbewegung der Bäcker in Kiel wird gemeldet: Die Klagen des Vorsitzenden des Gewerkschaftskartells, H. Adam, des Bäckers Nußbaum und der Firma Haase u. Co. auf Aufhebung der Verfügung des Amtsgerichts gegen die Boykotterklärungen standen Sonnabend vor der Zivilkammer des Landgerichts zur Verhandlung. Die Urteilsverkündung wurde auf Sonnabend, den 30. April, festgesetzt. — Die Rostocker Maurer haben über das Geschäft der Unternehmer Saß u. Pölkow wegen Lohnabzug die Sperre verhängt.

Kleine Chronik der Nachbargebiete. Wegen Sittenverbrechen verurteilte die Altonaer Strafkammer den städtischen Vollziehungsbeamten in Wandsbek, Freyer, zu 2 Jahren Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust. — Auf dem Gute Neu-Bölkow bei Güstrow fingen die Kleider der 9jährigen Tochter des Arbeitsmannes Peters, die beim Feueranmachen Petroleum benutzte, Feuer. Die Kleine erlitt schreckliche Brandwunden, denen sie bereits erlegen ist. — In Teterow geriet Sonnabendnachmittag ein Bahnarbeiter zwischen die Puffer zweier Eisenbahnwagen. Kurz nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus erlag er seinen schweren Verletzungen.

Letzte Nachrichten.

Berlin. Ehedrama. Der 30jährige Arnold Heise verletzte Sonnabend seine 24 Jahre alte Ehefrau aus Eifersucht durch drei Revolverschüsse lebensgefährlich und tötete sich dann durch zwei Schüsse. Die Frau wird schwerlich mit dem Leben davonkommen.

Uslar. Beim Spielen mit einem Gewehr erschoß im Dorfe Heisebeck der 13jährige Sohn des Försters Waite den 14jährigen Sohn des Försters Fiebig aus Arenborn.

Krefeld. An Vergiftung ist in Weeze der Arzt Amzehnhoff gestorben. Ein Bauer hatte ihm aus Versehen statt Branntwein Gift eingeschenkt.

Aachen. Durch Großfeuer wurde die Tuchfabrik Taste in Verviers vollständig zerstört. Der Schaden wird auf 800 000 Francs geschätzt, 300 Arbeiter sind brotlos. Ein Feuerwehrmann wurde von einer zusammenstürzenden Mauer verschüttet. Die Firma Taste ist eine der größten Tuchfabriken der Gegend.

Müllheim (Baden). Furchtbarer Selbstmord. Das Dienstmädchen Helene Schwab beging Selbstmord, indem es sich mit Petroleum und Spiritus begoß und dann anzündete. Am nächsten Morgen fand man von dem Mädchen nur noch eine formlose Masse vor.

Briefkasten.

F. W. Erheben Sie ernstliche Vorstellungen beim Meister. Zur Aufhebung des Lehrverhältnisses berechtigt Sie der gerügte Umstand nicht.

Lübecker Getreidepreise vom 23. April.

Weizen 122/30 Pfd. holl., Mk. 15,50—16,50, Roggen 118/126 Pfd. holl. Mk. 12,50—13,50, Gerste Mk. 13,50—14,50, Futtergerste Mk. 12,50—13,00, Erbsen, Koch, Mk. 18,00 bis 23,00, Futtererbsen Mk. 15,00—15,50, Hafer Mk. 12,50—14,50. Alles per 100 kg Netto.

Durch die Geburt eines gesunden kräftigen Mädchens wurden hocherfreut
Karl Hintze und Frau,
geb. Hagedorn.

Zum 1. Juli **die freundliche Etage,** drei Zimmer und Zubehör, an ordentliche Leute
Vegesackstraße 3a, I.

Zu vermieten ein Logis
Friedenstraße 63, I.

Zum 1. Juli **ein Haus Kleine Gröpelgrube 10** zu vermieten oder zu verkaufen.
Näheres daselbst.

Frauen ges. zum Bürsteneinziehen
Zu melden
Dankwartsgrube 35.

Schneiderin gesucht zur Anfertigung eines Jacketts.
Schützenstraße 23a

Ein guterh. starker Kinderwagen
billig zu verkaufen Rosengarten 8,4.

Fortzugshalber **zwei rote Betten billig zu verkaufen**
Depenau 39, part.

Guter bürgerlicher Mittagstisch
Wallenhorstraße 18, pt.

Fahrrad-Haus. **H. A. Hill**
Vernickelungs- und Emaillieranstalt. **Johannisstr. 9.**
Größte Reparaturwerkstatt Lübecks.
Mäntel, früher 7 Mark jetzt **Mk. 5,50**
Schläuche, früher 4 Mk. jetzt **Mk. 2,80**
Centrum Mäntel, früher 10 Mk., jetzt **Mk. 8,00**
Tadellose frische Ware, volle Garantie.
Neue Fahrräder, 1 Jahr Garantie, Mk. 85.

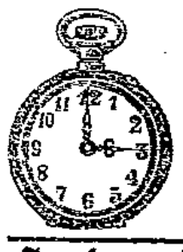
Scherm's
Reisehandbuch
für wandernde Arbeiter.
Mit einer Eisenbahn- u. einer Straßenkarte
— Preis 1,50 Mk. —
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

General-Versammlung
der Zimmerer der Zentral-Kranken- u. Sterbekasse am Dienstag, 26. April
abends 8½ Uhr
im Lokale Mohr, Hundestrasse 101.
Tages-Ordnung:
1. Vierteljährliche Abrechnung.
2. Verschiedenes.
Der Vorstand.

Volks-Versammlung
am Sonnabend den 30. April, abends 8½ Uhr
im Vereinshaus, Johannisstrasse.
Tages-Ordnung:
Der erste Mai.
Referent: Genosse Th. Meyer-Hamburg, Mitglied der Hamburger Bürgerschaft.
Zahlreichen Besuch erwartet
Das Komitee.

Wer sich für diesen freien Raum interessiert, erhält Auskunft bei der **„Lohnkommission der Bäckergesellen"**, im Vereinshaus, Johannisstr.

Sarg-Magazin H. Grimm
Wickedestraße 49. **Särge** in jeder Größe und Preislage wie bekannt billig.



Uhren reinigen . 1,50,
Federn einsetzen . 1,50,
1 Jahr Garantie.
Uhrgläser 1. Qual. **0,30.**
Aug. Büttner,
Uhrmacher,
Hüxstraße 32.

Holzarbeiter-Verband
Mitglieder-Versammlung
am Dienstag den 26. April
abends 8 Uhr
im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52
Tages-Ordnung:
1. **Die Aussperrung auf der Werft.**
2. Kartellbericht.
3. Sommervergnügen.
4. Verschiedenes.
Um vollzähliges Erscheinen ersucht
Die Lokalverwaltung.

Variété
„UNIVERSUM"
Beckergrube 44.
Täglich:
Spezialitäten - Konzert.
L. Puls.

Großer Umsatz! **Schnell-Besohl-Anstalt** Kleiner Verdienst!
Hüxterdamm 10
Habe ich hiesige Übernommen und bitte ein verehrl. Publikum um gütige fernere Unterstützung meines Unternehmens.
Nur beste Handarbeit. **Nur bestes Kernleder.**
Sehr niedrige Preise — **schnellste Bedienung**
zusichernd. Hochachtend
Peter Bernhard.
Auf Wunsch wird jede Arbeit **sofort** ausgeführt!

Fraktions-Bild
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

Bringe meine schöne, altbekannte, am Waldesrand gelegene Gastwirtschaft dem geehrten Publikum Lübecks in freundliche Erinnerung.
Für gute Speisen und Getränke wird gesorgt.
F. Muuss, Israelsdorf.

Verantwortlicher Redakteur für den gesamten Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" sowie der mit J. St. gezeichneten Artikel und Notizen: Otto Friedrich. — Verantwortlicher Redakteur für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" sowie die mit J. St. gezeichneten Artikel und Notizen: Johannes Stelling.
Verleger: Theodor Schwartz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämtliche in Lübeck.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 97. Dienstag, den 26. April 1904 11. Jahrgang.

Der 8. Kongreß der italienischen Sozialdemokratie in Bologna.

(Eindrücke und Betrachtungen.)

Ein ausländischer Parteigenosse schreibt der „Münchener Post“:

Bevor ich mich auf den Weg nach Bologna machte, begab ich mich zuerst nach Mailand, der größten industriellen Stadt Norditaliens. Hier ist die Arbeiterbewegung am stärksten entwickelt und der herrschende Zwist in der italienischen Sozialdemokratie hat seinen Zentralpunkt wieder hier. In Mailand gibt es zwei politische Organisationen und die Führer der zwei Richtungen in der italienischen Sozialdemokratie, Philippo Turati, der Redakteur der Zeitschrift „Critica Sociale“, und Arturo Labriola, der Redakteur des Wochenblattes „Avanguardia Socialista“, haben hier ihren Wohnsitz. Darum schien es mir rätlich, mich zuerst nach Mailand zu begeben, um Näheres über den gegenwärtigen Stand des Zwistes zu erfahren.

Die italienischen Sozialisten können sich nicht einigen über die Haltung, die sie einem liberalen Ministerium gegenüber einnehmen sollen. Sie haben das Ministerium Zanardelli-Giolitti unterstützt und hofften vieles für die öffentlichen Freiheiten des Landes und für die Arbeiterbewegung zu erreichen. Die erlangten Resultate aber standen weit hinter dem Erstrebten zurück. Eine Regierung, die die Lenkung des gegenwärtigen kapitalistisch-militaristischen Staates übernimmt, kann auch beim besten Willen nicht mehr als sehr Dürftiges im Sinne des politischen und sozialen Fortschrittes realisieren. Unsere italienischen Genossen im Parlament sahen bald, daß die geforderten Reformen lange auf sich warten lassen, aber sie könnten dem liberalen Ministerium ihre Unterstützung nicht versagen, weil die reaktionären Elemente im Parlament zu stark waren und sie jeden Moment ans Ruder kommen könnten. Dazu kam noch, daß das liberale Ministerium in einigen Streiks und sonstigen Fällen sehr scharf gegen die Arbeiter vorging. Alles das verursachte eine Mißstimmung in weiten Arbeiterkreisen. Die Fraktion strebte danach, ihre Haltung zu rechtfertigen, ihre Gegner dagegen bezeichneten sie als Opportunisten, bürgerliche Radikale und als Verräter des Proletariats. So kam es zu langen polemischen Auseinandersetzungen zwischen den Genossen und auf dem Kongreß im vorigen Jahre. Man ging zur Besprechung der „zwei Tendenzen“ in der Partei über.

Aber auch dieser Kongreß brachte die heißgewünschte Einigkeit nicht herbei. Ganz im Gegenteil. Die „revolutionären“ in der Partei gingen an die Arbeit. Arturo Labriola wurde von Neapel nach Mailand berufen, und man gründete die „Avanguardia Socialista“, die sehr scharf die „Reformisten“ angriff. Da fand jene Spaltung in der politischen Organisation in Mailand statt, die wir im Anfang unseres Briefes schon erwähnten. In der parlamentarischen Fraktion ging es nicht besser. Man konnte sich nicht einigen über die Haltung, die die Fraktion der Regierung gegenüber einnehmen sollte. Der Zwist verpflanzte sich in die Provinzen und fast alle Energie und alle Kraft des Sozialismus diente nur noch dazu, sich gegenseitig zu bekämpfen. Die gegenseitige Verfeindung wurde so unerbittlich, daß man fürchtete, die Einigkeit der Partei sei nicht mehr zu retten. In der Tat, nachdem auf dem Landkongresse der Lombardei in Brescia die Revolutionäre mit Labriola gesiegt hatten, stellte sich gleich heraus, daß die Revolutionäre fast einen anarchistischen Charakter angenommen hatten, während sich die Reformisten so ministeriell zeigten, daß sie von der Partei die Bewilligung forderten, die parlamentarische Fraktion dürfe der Regierung ihre Unterstützung leihen, wenn diese dem Proletariate auch nur einige nützliche Reformen versprechen würde. Jede dieser beiden Gruppen machte kein Hehl daraus, daß sie die Spaltung wünsche, denn diese sollte einer jeden die Möglichkeit zum Arbeiten geben. Dieses hörte ich persönlich von den Führern der Revolutionären und der Reformisten, Labriola und Turati. Es war dabei sehr natürlich, daß sich gleich auch eine dritte Tendenz herausstellte — die „Tendenza media“, die mittlere Tendenz, welche die Einigkeit der Partei als Hauptforderung stellte.

Unter solchen Umständen wurde der Kongreß von Bologna einberufen und konstituiert.

Die italienische Sozialdemokratie ist verbreitet in allen Provinzen Italiens, in 1236 Sektionen (gegen 1070 im Jahre 1902) mit 42 451 Mitgliedern (darunter 593 weibliche), gegen 37 188 Mitglieder im Jahre 1902. Die Beiträge in die Zentralkasse sind für das Jahr 1903 auf zirka 23 000 Franks (ungefähr 18 400 Mark) gegen 17 000 Franks im Jahre 1903 gestiegen. Den nämlichen Fortschritt kann man auch am Wachstum der Wahlresultate ersehen. So z. B. im Jahre 1892 hatten unsere Genossen nur 26 000 Stimmen erzielt mit 6 Deputierten, aber von diesem Zeitpunkt an geht die Zahl der Stimmen und Deputierten immer vorwärts; so erzielten sie im Jahre 1895 76 000 Stimmen mit 10 Deputierten, 1897 135 000 Stimmen mit 15 Deputierten und 1900 schon 175 000 Stimmen mit 32 Deputierten. Außerdem verfügt die Partei über mehr als 40 Wochenblätter. Der „Avanti“, das Zentralorgan der Partei, ist in 32 000 Exemplaren verbreitet, meistens in Genua, Florenz, Rom, Mailand usw.

Als ich im vorigen Jahre den Bericht für den Kongreß in Imola gelesen hatte, wunderte ich mich viel über die großartige Vertretung der Partei im Kongresse. Es waren zirka 900 Delegierte da. Dieses Jahr ist die Zahl der Delegierten auf 1200 angewachsen, für die man keinen Sitzungssaal finden konnte. So war man genötigt, das Kommunale Theater von Bologna zu mieten, um diese große Masse von Delegierten in einem Saale unterzubringen. Die Delegierten waren im Parterre untergebracht, die Journalisten (etwa 100 an Zahl), das Präsidium auf einem hohen Podium, unter ihnen die Stenographen, die Referenten, und dem Präsidium gegenüber, wieder auf dem Proszenium, die Rednertribüne. Die Logen und die Galerien waren für das Publikum bewahrt. So befand sich eine mehr als 2000 köpfige Menschenmenge hier im Theater, um an dem 8. Kongreß der italienischen Sozialdemokratie teilzunehmen, entweder als Beteiligte oder als Zuhörer.

Am 8. April um 10 Uhr vormittags fand die Eröffnung des Kongresses statt, indem ein Bologneser Genosse die Anwesenden mit warmen Worten begrüßte. Zum Präsidenten des Kongresses wurde der Deputierte Costa, einer der ältesten Genossen, gewählt. Nach der Konstituierung des Präsidiums nahmen die anwesenden auswärtigen Genossen das Wort, unter denen sich auch Dr. Viktor Adler aus Wien befand.

Gleich nach den einleitenden Worten des politischen Sekretärs der Partei wurde die brennende Frage über die Taktik der Partei berührt. Drei Sitzungen hat man darüber gesprochen, und als man sah, daß es unmöglich werde, alle die 40 zum Worte Angemeldeten anzuhören, machte das Präsidium den Vorschlag je drei Redner von jeder Richtung, den zwei extremen und der mittleren auch drei Redner zu hören. Nach diesen sollten auch die Referenten Labriola (für die Revolutionäre) und Bissollati, Deputierter und gewesener Redakteur des „Avanti“, das Wort nehmen. Die Revolutionäre meinten, daß die Sozialdemokratie nichts oder wenig im Bourgeoisstaat erreichen könne und jede reformistische Strömung müsse endlich scheitern. Die Reformisten sagten, daß die Reformen ein Element der Entwicklung des Proletariats seien, daß der Klassenkampf, auf den die Revolutionäre soviel Wert zu legen scheinen, die Reformarbeit nicht ausschließe. Das Zusammenarbeiten der Klassen ist ein Faktum des Lebens und wenn man sich nur auf die negierende Haltung beschränke, da werden die Gegner keinen Unterschied machen zwischen Sozialismus und Anarchismus. Die dritte Richtung, welcher auch der Genosse Ferri angehörte, hob nur die Notwendigkeit der Einigkeit der Partei hervor.

Drei Tage dauerte die Diskussion und am vierten Tag ging man zur Abstimmung über, die nicht leichte Sache war, in Ansehung der Zahl der Delegirten und des feurigen italienischen Temperaments. Zuerst beriet sich das Präsidium, welches aus allen Richtungen bestand, über die Art und Reihenfolge der Abstimmung der Resolutionen. Erstens sollte über die zwei extremen Resolutionen namentlich abgestimmt werden, die der Revolutionäre und die der Reformisten. Die Delegierten, welche keiner von diesen beiden zustimmen wollten, sollten sich der Stimme enthalten. Nach dieser Abstimmung, wenn keine von diesen Resolutionen die absolute Mehrheit bekomme, sollte eine neue folgen über die mittlere Richtung, die sich auch in zwei Richtungen teilen wird, eine linke mittlere und eine rechte mittlere. Die erste Abstimmung ergab folgende Resultate:

Die revolutionäre Resolution 196 Stimmen, die reformistische 306 Stimmen. Stimmenthaltungen 302.

Ueber 300 Delegierte sind während dieser vier Tage abgereist, andere aber nahmen überhaupt nicht teil an der Abstimmung. Diese Abstimmung zeigte, wie stark oder wie schwach die extreme revolutionäre Richtung unter den italienischen Genossen ist. Nachmittags ging man zur Abstimmung über die beiden mittleren Richtungen, die der Deputierten Rigola, Bernini usw. und Ferris. Die namentliche Abstimmung dauerte bis spät in der Nacht des 11. April und ergab folgende Resultate: Für die Resolution Rigola 377 Simmen (die Turatisten und Reformisten unterstützten diese Resolution), für die Resolution Ferris 424 Stimmen. Man muß hierbei bemerken, daß zwischen diesen beiden Resolutionen kein wesentlicher Unterschied bestand.

So einigte sich die Partei über eine mittlere Richtung in der Politik, indem man für die Unterstützung der Regierung die Maxima wählte, von Fall zu Fall zu entscheiden, ob einer Regierung die Unterstützung in diesem oder jenem Falle zu gewähren sei.

Nachdem das Resultat der Abstimmung bekannt gemacht ward, ging man zu der Wahl des Parteivorstandes über. Die Reformisten enthielten sich ganz und überließen es der Linken, zu machen, was sie wollte. Direktor des „Avanti“ bleibt wieder der Genosse Ferri.

So um Mitternacht am 11. April endete der Kongreß. Was weiter wird, ist nicht abzusehen. Die bürgerlichen Blätter schreiben, daß Turati und die Reformisten eine neue Partei gründen werden. Das glaube ich nicht. Wahrscheinlich werden die Reformisten es dem neuen Vorstande überlassen, die Geschicke der Partei zu lenken, so lange es geht, um später desto kräftiger einzugreifen und ihrer Richtung zum Siege zu verhelfen. Ich bezweifle, daß ihnen das gelingen wird.

Soziales und Parteileben.

Streiks und Lohnbewegungen. In Weißenfels haben 81 Zimmerer wegen Lohndifferenzen die Arbeit niedergelegt; nur zwei Arbeitswillige haben sich gefunden. — 34 Maurer legten am Dienstag, den 12. April, in Merseburg bei zwei Firmen die Arbeit nieder, weil die gestellten Forderungen, zehnstündige Arbeitszeit und 42 Pf. Stundenlohn, nicht bewilligt wurden. Am letzten Dienstag, den 19., haben nun die Unternehmer die bei ihnen beschäftigten Verbändler ausgesperrt. Bei zwei weiteren Firmen sind die Forderungen jetzt ebenfalls gestellt worden. Nachdem die Tarifverhandlungen mit den Arbeitgebern zu keinem zufriedenstellenden Ergebnis geführt haben, sind die Sattler Stockholms am Mittwoch in den Streik getreten. In den Militärwerkstätten wird jedoch weiter gearbeitet, ebenso bei zwei Firmen, die den Tarif unterschrieben haben.

Eine sozialdemokratische Frauenzeitung soll vom Mai ds. Js. an in Lugano erscheinen. Das Blatt soll

Im Eckfenster.

Roman von Friedrich Gerstäcker.

112. Fortsetzung.

Die Stimmung in Solberg's Hause war allerdings, wie gesagt, keine recht festliche und die ganze Einladung eigentlich mehr eine Demonstration gegen die öffentliche Meinung, daß sich die Familie durch jenen, jetzt dem Tode verfallenen Buben niedergedrückt und beschämt fühle, als aus freiem Willen hervorgerufen. Sie Alle, Hans vielleicht ausgenommen, hätten den Hochzeitstag des Solberg'schen Ehepaares viel lieber heute in der Stille gefeiert oder, besser noch, verbrütet, denn welche Gedanken, welche zertrümmerte Hoffnungen knüpften sich nicht an ihn! Aber Hans hatte eben den richtigen Hebel getroffen, um die Eltern zu zwingen, sich solcher Schwermut zu entreißen: man durfte vor der Welt nicht scheinen, was man war, und der alte Baron, einmal erst in dem Gleise, gab sich der Sache auch mit vollem Eifer hin — Hans selber behielt sich ja seine Ueberraschung noch außerdem vor.

Und doch lag gerade dem alten Baron noch ein lastendes Gewicht auf der Seele: die Andeutung, welche ihm Hans von seiner Verlobung gemacht. Vergebens zerbrach er sich den Kopf darüber, wen sein Sohn unter allen Mädchen, die er kannte, oder Hans kennen konnte, gewählt haben möchte, wo ihm doch eigentlich nur so kurze Zeit geblieben, eine Bekanntschaft zu machen, der er sein ganzes Leben weihen wollte.

Ein paar Mal drängte es ihn auch, mit seiner Frau darüber zu verhandeln und ihre Meinung zu hören, aber dann fürchtete er sich auch wieder davor, sie nur noch mehr aufzuregen. Hans hatte sich die Sache nun einmal eingebockt und mochte sehen, wie er selber damit zu stande kam. Welche Macht hatten sie auch über ihn? Er war selbständig in seinem Vermögen wie in seinem Willen, und daß ihm an dem Urteil der Gesellschaft nichts lag, hatte er leider nur zu oft schon bewiesen, um darüber noch einem Zweifel Raum zu geben.

So rückte die Stunde des Empfanges heran. Das ganze Solberg'sche Haus war brillant erleuchtet, Equipage nach Equipage fuhr vor, und lichtgekleidete Frauengestalten, in bauschigen Gewändern und blumengeschmückten Locken, huschten hinein. Es hatten fast alle Gäste die Einladung angenommen, denn gerade heute war man außerordentlich gespannt darauf, wie sich ihre freundlichen Wirte unmittelbar nach einem so furchtbaren Familienereignisse benehmen würden.

Wenn sie aber erwartet hatten, Herrn und Frau von Solberg anders als je zu finden, so sahen sie sich darin getäuscht, denn sie gehörten zu sehr der Welt an, um sich vor dieser anders zu zeigen, als sie es verlangte: freudig und würdevoll. Was auch in ihrem Innern vorgehen mochte, die Außenwelt hatte keine Berechtigung daran; vor der Gesellschaft durfte es nicht zur Schau getragen werden, und nur für das stille, wieder geräumte Haus gehörte der Schmerz.

Einige der Gäste waren allerdings taktlos genug, bei ihrer ersten Begrüßung dem alten Herrn ihr Beileid über das Geschehene bezeigen zu wollen, das aber wies er Alles rasch zurück. „Sieht dies aus wie ein Haus der Trauer?“ sagte er lächelnd. „Eher könnte ich es ein Dankfest nennen, daß uns der Herr an dem heutigen Tage, zu unserem alten Hochzeitsfeste, vor einem so schweren Unglück bewahrt, und als solches möchte ich es auch aufgefaßt sehen.“

Nur Franziska sah bleicher aus als gewöhnlich; es war aber auch viel verlangt von dem armen Mädchen, sich heute schon, und kaum vierundzwanzig Stunden nach jener furchtbaren Entdeckung, wieder im vollen Staat und vor einer Gesellschaft von meist gleichgiltigen Menschen zu zeigen. Dennoch hatte sie volle Gewalt über sich, und nur manchmal, wenn ihr rastlos umhersuchender Blick auf Augen traf, die sie mit stillem Mitleid betrachteten, dann blitzten die eigenen höher auf, und für kurze Zeit färbten sich ihre Wangen.

Hans hatte die Gäste mit empfangen, und zwar ganz in seiner gewöhnlichen offenen und heitern Weise. Mit Recht betrachtete er sich auch als den Schöpfer dieses Festes, denn ohne ihn hätten heute diese Räume öde und leer gelegen, und Tränen wären geflossen, wo jetzt Diamanten blitzten und noch schönere Augen in Lust und jugendlicher Freude funkelten.

Aber mit größter Ungeduld erwartete er den Zeitpunkt, wo es ihm angemessen schien, sich entfernen zu dürfen; vorher instruierte er noch die engagierte kleine Kapelle, nicht eher mit ihrer Musik zu beginnen, bis er selber ihnen dazu das Zeichen gäbe. Draußen hielt schon seines Vaters Equipage, und fort rollte der leichte Wagen in die Stadt hinein.

„Mein Käthchen!“ rief er aber in Jubel aus, als er in des Mädchens kleines Zimmer trat und sie ihn mitten darin in ihrem vollen Ballstaat erwartete. Sie war so einfach gekleidet, vollkommen weiß, keinen Kopfschmuck als eine rote Kamelie im Haar und die Korallenschnur, welche ihr Hans heute gebracht, um den Hals — aber wie lieb und hold sah sie aus, wie mädchenhaft und scheu, als sie ihm da so gegenüber stand! „Mein liebes, liebes Käthchen! Oh, daß ich Dich jetzt mein nennen darf — wie glücklich, wie namenlos glücklich hast Du mich gemacht!“

„Ich — Ich?“ sagte Käthchen leise und tief errötend. „Mein guter, guter Hans, mein ganzes Leben gehört ja jetzt Dir, und was in meinen Kräften steht, will ich ja gewiß tun, daß Du den Schritt nie, nie bereuen sollst!“

„Und nun komm, Schatz“, rief der junge Mann, einen fast schüchternen Kuß auf ihre Lippen drückend — „komm, und heute Nacht schläfst Du zum letzten Mal in dieser ärmlichen Kammer, denn mit Herrn Sternlein unten habe ich schon ausgemacht, daß er Dich morgen in seine eigene Wohnung nimmt . . .“

von den Genossinnen Maria Giudice und Dr. Angelica Balabanoff redigiert werden, in deutscher und italienischer Sprache erscheinen und der sozialdemokratischen Propaganda unter den schweizerischen und italienischen Arbeiterinnen in der Schweiz dienen.

Ein Invalidenrentner wegen Betrugs schwer bestraft. Mit einem Falle, der wohl selten vorkommt, beschäftigte sich das Schöffengericht in Braunschweig. Der 66jährige Invalide Karl Groß hatte am Fuße einen Unfall erlitten, er erhielt eine Rente von 20 Prozent. Der Fuß verschlimmerte sich später, und da Groß seiner Ansicht nach vollständig arbeitsunfähig geworden war, beantragte er bei der Berufsgenossenschaft, ihm die Vollrente zu gewähren. Der als Sachverständige geladene Vertrauensarzt der Berufsgenossenschaft, Dr. Weißpahl, gab aber sein Gutachten dahin ab, Groß habe sich selbst Verletzungen am Fuße beigebracht, um eine höhere Rente zu erlangen. Der Amtsanwalt beantragte 6 Wochen Gefängnis. Das Schöffengericht hielt den Angeklagten des Betrugs für überführt und verurteilte ihn zu drei Monaten Gefängnis.

Einen großen Sieg erfochten die Sozialdemokraten von Milwaukee bei den vor kurzem stattgefundenen Munizipalwahlen. Wie der soeben eingetroffene „Social-Democratic Herald" von Milwaukee mitteilt, wurden neun Sozialisten als Stadtverordnete gewählt; bisher waren die Sozialdemokraten im dortigen Stadthaus gar nicht vertreten. Bei der Mayors- (Bürgermeister) Wahl erhielt der Kandidat der Sozialdemokratie 15 333 Stimmen. Leider hatte auch die sozialistische Arbeiterpartei einen besonderen Kandidaten aufgestellt, der es auf 3650 Stimmen brachte. Der Republikaner erhielt 17 603 Stimmen und der Demokrat 23 515 Stimmen; der letztere war somit gewählt. Von den 60 169 Stimmen, die bei der Mayors-Wahl überhaupt abgegeben wurden, fielen also auf die Sozialisten 18 983. Hätten sich die beiden Gruppen geeinigt, so wäre der Kandidat der Sozialisten an die zweite Stelle getreten. Vier Genossen wurden außerdem zu Armenvorstehern gewählt. Bei den Kommunalwahlen vor 2 Jahren waren für den sozialistischen Bürgermeister-Kandidaten nur 8453, bei den Kommunalwahlen vor vier Jahren nur 2584 Stimmen abgegeben worden.

Internationale Arbeiterschutzkonferenz. Wie die „Soziale Praxis" mitteilt, haben außer Deutschland Oesterreich-Ungarn, Frankreich, Italien und Holland grundsätzlich ihre Zustimmung zur Veranstaltung einer Konferenz ausgesprochen, in der die Beseitigung der gewerblichen Nachtarbeit der Frauen und das Verbot der Verwendung des weißen Phosphors in der Zündholzfabrikation durch internationale Vereinbarungen geregelt werden solle. Das Programm dieser Konferenz steht noch nicht fest. Die „Soziale Praxis" meint, daß außer den erwähnten beiden Punkten, welche die Internationale Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz vorgeschlagen, und in zwei umfangreichen Denkschriften ihres Arbeitsamtes begründet hat, noch weitere Aufgaben, insbesondere Kinderschutz und Bleigefahr in den Bereich der Beratungen gezogen werden sollen. Sonst nichts? Wie wär's mit der internationalen Anbahnung eines Normalarbeitstags für alle Arbeiter?

Gewerkschaftliche Fortschritte. Ueberraschend und erfreulich ist der Fortschritt, den die Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1903 gemacht hat. Die Generalkommission bezifferte kürzlich den Zuwachs der freien Gewerkschaften auf zirka 140 000 Mitglieder. Es sind aber Anzeichen vorhanden, daß diese Zahl noch zu gering veranschlagt ist. So veröffentlicht jetzt der Deutsche Metallarbeiter-Verband seine Jahresabrechnung, aus der sich eine Mitgliederzahl von **160 135** (154 567 männliche, 5568 weibliche) und damit gegen 1902 eine Zunahme von **31 293** ergibt. Der Deutsche Metallarbeiter-Verband war bekanntlich im vorigen Jahre die Zielscheibe der Kühnemänner, in Iserlohn und Berlin wurde versucht, ihn kampfunfähig zu machen und zum Weißbluten zu bringen. Aber alles war umsonst, in Iserlohn stieg die Mitgliederzahl von 216 auf **1625**, in Berlin von 30 345 auf **35 741**! Und die Jahresabrechnung ergibt weiter, daß das Vermögen des Metallarbeiter-Verbandes trotz der zahlreichen, schwierigen und kostspieligen Kämpfe, in die er verwickelt war, sich doch um über 200 000 Mark vermehrt hat! Die Einnahmen und Ausgaben bilanzieren mit 3 242 773,48 Mark, die Reineinnahme beträgt **2 814 807,57 Mark** (im Jahre 1902: 1 567 433,67 Mark). Die Ausgaben des Verbandes für Unterstützungen sind enorm gestiegen, wie folgende Aufstellung zeigt:

	1903:	1902:
Reisegeld	146 773,14 Mk.	135 226,24 Mk.
Arbeitslosenunterstützung . . .	329 859,59 „	366 034,12 „
Streikunterstützung	1 220 551,59 „	419 750,01 „
Besondere Notfälle	84 060,19 „	66 344,27 „
Rechtsschutz . . .	45 374,36 „	12 372,68 „
Summa:	1 826 618,87 Mk.	999 727,32 Mk.

Der Mehraufwand für Unterstützungen beläuft sich also im Jahre 1903 auf nicht weniger als 826 891,55 Mk., die Streikunterstützung hat sich verdreifacht. Zu den dafür ausgegebenen **1 220 551,59 Mk.** kommen aber noch die großen Summen, die aus den Lokalkassen dafür geopfert wurden, in Berlin allein 224 710,85 Mk. Auch für die übrigen Unterstützungszweige sind aus lokalen Mitteln noch große Summen geleistet worden. Angesichts dieser Tatsachen sagt die „Metallarbeiter-Zeitung" mit Recht, daß der Verband sowohl in bezug auf seine Mitgliederzahl wie seine finanzielle Leistungsfähigkeit ein erfreuliches Bild zeige. Trotz alledem und alledem! Das Organ des Verbandes schließt seine Betrachtungen mit folgenden Sätzen: „Die Scharfmacher mögen daraus lernen, daß alle ihre Mühe schließlich doch umsonst ist. Im Grunde genommen beschleunigen ihre Gewaltmaßregeln doch nur den Aufmarsch der Arbeiterbataillone und die Vervollständigung ihrer Rüstung. . . . Aber wir müssen immer wachsam und auf dem Posten sein. Das Scharfmachertum holt zu einem neuen Schlage gegen die organisierte Arbeiterschaft aus. In Berlin pflegten seine Vertreter in diesen Tagen Kriegsrat. Der allgemeine Arbeitgeberverband ist in Gestalt einer „Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände" gegründet worden. Dem Gesamtverband der Metallindustriellen Deutschlands wurde dabei eine führende Rolle übertragen. Er soll die noch widerstrebenden Arbeitgeberverbände zum Anschluß bewegen, dem ganzen Terroristenbund den letzten Schliff geben. Diese Tatsache wird gewiß den Eifer unserer Kollegen ganz besonders anspornen, sie werden ihre Werbetätigkeit für den Deutschen Metallarbeiter-Verband vervielfältigen, ihm neue, zahlreichere Scharen zuführen, um so ein unübersteigliches Bollwerk zu errichten: Den Metallarbeitern zum Schutz, ihren Widersachern zum Trutz!"

Der Polizeipräsident von Magdeburg hat den Maifestzug untersagt.

Austritt aus der Partei. Die Düsseldorfer „Volkszeitung" berichtet: Oskar Wessel, der vor wenigen Tagen aus der Redaktion des hiesigen Parteiorgans ausgeschieden, ist laut Schreiben an den Vorstand des hiesigen Sozialdemokratischen Vereins aus diesem und damit aus der sozialdemokratischen Partei Deutschlands ausgetreten.

„Wider die Pfaffenherrschaft", Kulturbilder aus den Religionskämpfen des 16. und 17. Jahrhunderts. Von diesem, von unserem Parteiverlag herausgegebenen Lieferungswerk ist soeben das 2 Heft erschienen. Es beginnt mit dem 2. Kapitel: „Von der Revolution zur Weltherrschaft", das behandelt: Die Urchristen. — Die urchristlich-kommunistischen Gemeinden. — Christliche Agitation im Römerreich. — Christenverfolgungen. — Der Sieg über das Römertum. — Kaiser Konstantin und die christliche Kirche. — Ausbreitung des Christentums unter den Barbarenvölkern. — Die Völkerwanderung. — Grausames Blutvergießen durch das Christentum. — Die Entwicklung des Klerus und seine Vernichtung der kommunistischen und demokratischen Verfassung der Gemeinden. — Die Kirche. — Das Recht der Schenkungsannahme, die Ursache des Reichtums des Klerus — Entwicklung des Papsttums. — Die Weltpolitik des Papsttums. — Die Kreuzzüge. — Der Kirchenstaat. — Von den Illustrationen dieses Heftes nennen wir: „Die Martern des heiligen Stephan" nach einem unbekannten Meister; „Karl der Groß und seine vier Frauen" und „Die Marter der ersten Christen unter Kaiser Nero" nach einem Holzschnitt von Albrecht Dürer. Jedes Heft kostet 20 Pfennige und ist jedem Genossen zu abonnieren empfohlen. Jede Parteibuchhandlung und jeder Kolporteur liefert die Hefte.

Todtenliste der Partei. In Göppingen starb am Montag Morgen nach kurzer Krankheit der Parteigenosse Hermann Thiele im Alter von 44 Jahren. Thiele wirkte seit 17 Jahren in der Partei- und Gewerkschaftsbewegung Württembergs und speziell Göppingens. Seinem Eifer als Agitator und Organisator ist das Vorwärtsschreiten der Bewegung im Göppinger Kreise vornehmlich zu danken. Der Verstorbene hinterläßt eine Frau und drei Kinder. Die Leiche wurde am Mittwoch Morgen nach Heidelberg überführt, um dort durch Feuer bestattet zu werden.

Ferdinand Lassalle an seine Mutter. Die Antiquariats-Buchhandlung von Ernst Frensdorf in Berlin bietet in ihrem Antiquariats-Kataloge Nr. 6 (Zur Geschichte der nationalen Bewegungen und deutschen Einheitsbestrebungen) unter anderen unveröffentlichten Autographen einen Brief Lassalles zum Kaufe, den dieser am 25. Februar 1849 aus dem Gefängnis in Düsseldorf an seine Mutter geschrieben hat. Aus dem Briefe wird folgende interessante Stelle mitgeteilt: . . . „Im Laufe März komme ich vor die Assisen, daß nicht das geringste zu fürchten ist, habe ich Euch schon von vornherein geschrieben. . . Ich freue mich auf die Prozedur wie ein Gott. Wie der fernhintreffende Apollo will ich meine Lanzen werfen und ich habe im Voraus Mitleid mit dem Aermsten, der die klägliche Aufgabe haben wird, die spaßhafte Anklage mir gegenüber zu verteidigen. Die politischen Verhältnisse werden wohl gleichfalls bald zu einer entscheidenden Lösung gelangen müssen. Entweder kehrt Deutschland wirklich wieder und für immer in die Nacht der alten Zustände zurück — und dann ist alle Wissenschaft eine Lüge, alle Philosophie ein bloßes Spiel des Geistes, Hegel ein dem Irrenhaus entlaufener Narr, und es giebt keinen Gedanken in dem Zufall der Geschichte — oder die Revolution wird bald einen neuen und entscheidenden Triumph feiern. . . . Das wird ein Kochen geben! Diesen Frühling steht Europa in Feuer und Flammen. Wer das nicht sieht ist ein Thor. Gnade Gott dann unsrer preußischen Wirtschaft. Durch die Novemberereignisse sind jetzt auch den Dümmsten die Augen geöffnet, die Novemberverfolgungen sind der größte Hohn auf Recht und Gesetz gewesen, und die Lehre wird keine verlorene sein. . . ."

Aus Nah und Fern.

Die Bestie im Menschen. Vor dem Schwurgericht in Stargard i. P. wurde am Mittwoch gegen den Drogisten Willy Springer aus Regenwalde verhandelt, der am 2. Januar d. J. die Besitzerstochter Olga Petermann aus Regenwalde-Ausbau auf ihrem Nachhausewege von der Stadt nach der elterlichen Wohnung vergewaltigt und ermordet hatte. Zur Verhandlung, die unter Ausschluß der Oeffentlichkeit stattfand, waren 22 Zeugen geladen. Der Wahrspruch der Geschworenen lautete auf schuldig der Notzucht mit Todeserfolg. Der Angeklagte wurde zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe verurteilt.

Ein zum Tode Verurteilter, der sich seiner Begnadigung widersetzt. Der von dem Schwurgericht in Köln im Jahre 1895 wegen Ermordung des Bürstenbinders Peter Gieselbrecht zum Tode verurteilte Wilhelm Müller aus Eil, der durch den Landesherrn zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt ist, verbüßt diese Strafe in der Strafanstalt zu Kassel. Seit seiner Verurteilung richtet er beständig Wiederaufnahme-Gesuche an die Gerichte, die er mit angeblich falschen Aussagen von Zeugen in der Hauptverhandlung begründet, die aber regelmäßig abgelehnt werden. In seinen Wiederaufnahmegesuchen bringt der Verurteilte stets zum Ausdruck, daß er, sofern seinem Gesuche nicht stattgegeben wird, die Vollstreckung des Todesurteils beantrage, denn er habe seine Begnadigung bei dem Landesherrn nicht beantragt. Wenn dieselbe trotzdem von der Staatsanwaltschaft in Anregung gebracht wurde, so sei dies gegen seinen Willen geschehen. Auf diesen Antrag läßt sich jedoch das Gericht niemals ein, sondern entscheidet lediglich über die Wiederaufnahme-Gesuche. Nach strenger Auffassung des Gesetzes müßte über den Antrag, der sich als Einwendung gegen die Strafvollstreckung charakterisiert, durch Gerichtsbeschluß entschieden werden. Dieser Beschluß könnte allerdings nur in ablehnendem Sinne ausfallen, denn die Entscheidung des Landesherrn, von seinem verfassungsmäßigen Rechte der Begnadigung Gebrauch zu machen, ist ein endgültiger und der Verurteilte muß dieselbe gegen sich gelten lassen, selbst wenn er von seiner Begnadigung nichts wissen will.

Eine Meuterei entstand nach einer Meldung aus Kreuznach Dienstag Abend unter den bei der Domänenweinbergsanlage bei Niederhausen beschäftigten Zuchthäuslern. Diese durchbrachen in der Baracke, in der sie untergebracht sind, eine Wand und versuchten zu entfliehen. Die noch gerade rechtzeitig signalisierten Aufseher mußten von der Schußwaffe Gebrauch machen. Dabei wurden vier Sträflinge verwundet und der Fluchtversuch vereitelt; ein einziger entkam, wurde aber Mittwoch Nachmittag in Münster am Stein festgenommen. Natürlich hat man nunmehr die Bewachung der Zuchthäusler bedeutend verschärft.

Etwas für den Hals. Folgende lustige Anekdote erzählt eine englische Wochenschrift: Ein japanischer Ingenieur, der sich in einer Stadt im Norden Englands aufhielt und dort täglich in einem bestimmten Restaurant zu Mittag speiste, war sehr erstaunt, als ihm zur letzten Weihnachtszeit, wie es in England üblich ist, die Kellnerin unter dem Mistelzweig einen Kuß gab. Es wurde ihm bedeutet, daß sie zum Entgelt für diesen Kuß ein Geschenk erwartete. Er schlug Handschuhe vor; sie aber, im Hinblick auf das Gerücht von seinem Reichtum, sagte verschämt: „O nein, schenken Sie mir etwas für meinen Hals" Am nächsten Tage kam das Paket an, und Visionen eines Perlenhalsbandes stiegen vor dem begehrlichen Auge der Kellnerin auf. Mit zitternden Fingern löste sie die Verschnürung und sah mit Entsetzen, was der Japaner unter „etwas für den Hals" verstand — ein Stück Seife.

„Aber, Hans . . ."

„Du darfst nicht mehr allein wohnen, Herz, und nicht in einer Dachkammer", rief der junge Mann. „Du bist jetzt mein Bräutchen, das ich die Zeit, da wir uns ganz angehören können, auch noch jeden Tag besuchen und mit dem ich Stunden lang plaudern will, und das ginge nicht, wenn Du hier allein Dein Quartier hättest, schon der liebenswürdigen Damen Klingenbruch gegenüber. Ueberlaß nur das Alles mir, Schatz, ich sorge schon für Dich, daß es Dir an nichts fehlt, und nun, mein süßes Kätchen, komm, um die Eltern zu begrüßen."

„Ach, ich habe rechte Angst, Hans!"

„Hast Du?" lächelte der junge Mann. „Denn vorwärts, mit einem Sprung in den Wagen? Oder fürchtest Du Dich, wenn ich bei Dir bin?"

„Nein, Hans", sagte sie treuherzig, „Dir habe ich mein ganzes Leben anvertraut und darf Dir auch getrost die Führung dieser, vielleicht schweren Stunde überlassen. Mit Gott! Ich kann den Deinen treu und ehrlich in die Augen sehen, und ganz vergessen werden sie mich doch wohl nicht haben."

Hans hatte sein Bräutchen selig am Arm und flog mit ihr die ziemlich steile und vollkommen dunkle Treppe nieder. Nur in der ersten Etage brannte an der Treppe eine Gaslampe, und eben als sie dort vorüberschritten, öffnete sich die Tür, und Oberstleutnant von Klingenbruch, der sich etwas verspätet hatte, trat heraus. Flora, die ihm die Tür geöffnet, bemerkte aber auf der Treppe den Glanz des weißen Kleides und blieb natürlich stehen, um zu sehen, wer da in solchem Staat von oben herunter käme, denn aus der zweiten Etage konnte es doch niemand sein.

„Hallo, Oberstleutnant," rief ihm Hans schon entgegen, wie er ihn nur erkannte. „Sie können mit uns fahren, ich habe meinen Wagen unten vor der Tür!"

„Mein lieber Herr von Solberg," sagte der kleine Mann, aber doch sehr etwas stutzig, als er den Baron in Begleitung einer bezaubernden Dame erblickte, die aus der obern Etage zu ihm herunterflog, „Sie sind unendlich liebenswürdig!"

„Und Sie," rief Hans, „sollen denn auch der erste sein, dem ich mein kleines Bräutchen vorstelle. Ah, mein gnädiges Fräulein, auch Sie, ja, jetzt kann und soll es auch kein Geheimnis mehr bleiben — mein lieber Oberstleutnant, Fräulein Katharina Peiers, meine Braut. Die Herrschaften kennt Du ja doch, Schatz — Herr Oberstleutnant von Klingenbruch und Fräulein Tochter."

„Sehr angenehm!" rief Flora und schlug die Tür zu, daß die Vorsaalfenster klirrten.

Klingenbruch warf einen verlegenen Blick zurück, denn die Ungezogenheit seiner Tochter gab ihm einen ordentlichen Stich durch's Herz, aber seine eigene Gutmütigkeit gewann rasch die Oberhand.

„Mein lieber Solberg," sagte er herzlich, „wenn ich wirklich der erste bin, dem Sie Ihr liebes Bräutchen vorstellen, so kann ich nur für Sie hoffen, daß alle Glückwünsche, die Ihnen heute noch gebracht werden, auch so ehrlich und treu gemeint sein mögen, wie der ist, den ich Ihnen als ersten Gruß entgegenbringe. Gott segne Sie und Ihr liebes Bräutchen, und wo Sie auch sein mögen, glauben Sie, daß der alte Klingenbruch herzlichen Anteil an Ihnen nimmt."

„Ich weiß es, lieber Oberstleutnant," sagte Hans, wirklich ergriffen von den einfachen Worten, indem er dem kleinen Manne herzlich die Hand schüttelte; „aber nun fort! Wir haben hier schon zu viel Zeit versäumt und drüben bei uns werden sie gar nicht wissen, wo ich geblieben bin. Vamonos, und Sie, mein alter, lieber Freund sollen der Brautführer sein!"

Wenige Minuten später rasselte die Equipage über das Pflaster der Stadt. — Oben bei Klingenbruchs lagen drei Damen in den geöffneten Fenstern und sahen dem Wagen nach, so lange sie ihn mit den Augen folgen konnten. Aber die Glücklichen darinnen achteten nicht darauf, und als der leichte Wagen bald nachher vor dem hell erleuchteten Solbergschen Hause wieder hielt und die Diener vorsprangen, um den Schlag zu öffnen und die Herrschaften zu empfangen, half Hans seinem jungen Bräutchen heraus, und Kätchen am Arm, von dem Oberstleutnant eskortiert, betraten sie gleich darauf den menschengefüllten Saal.

(Fortsetzung folgt).

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich, — Verleger: Theodor Schwartz — Druck von Friedr. Meyer & Co., — Schwanheim am Main.